

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 3 · März 2003 · 58. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Wasser- und Abwassergebühren in Hessen 2001 und 2002

Datenbedarf der Wissenschaft. Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums
der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Öffentliche Finanzen

Wasser- und Abwassergebühren in Hessen 2001 und 2002. Von *Günter Rapior*

58

Allgemeines

Datenbedarf der Wissenschaft. Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung. Von *Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke*

77

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

86

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit.	87
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	88
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe	89
Außenhandel, Tourismus, Verkehr.	90
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise	91
Steuern, Verdienste	92

Buchbesprechungen

Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)

ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright:

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2003

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890

E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse:

Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis:

Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)

Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

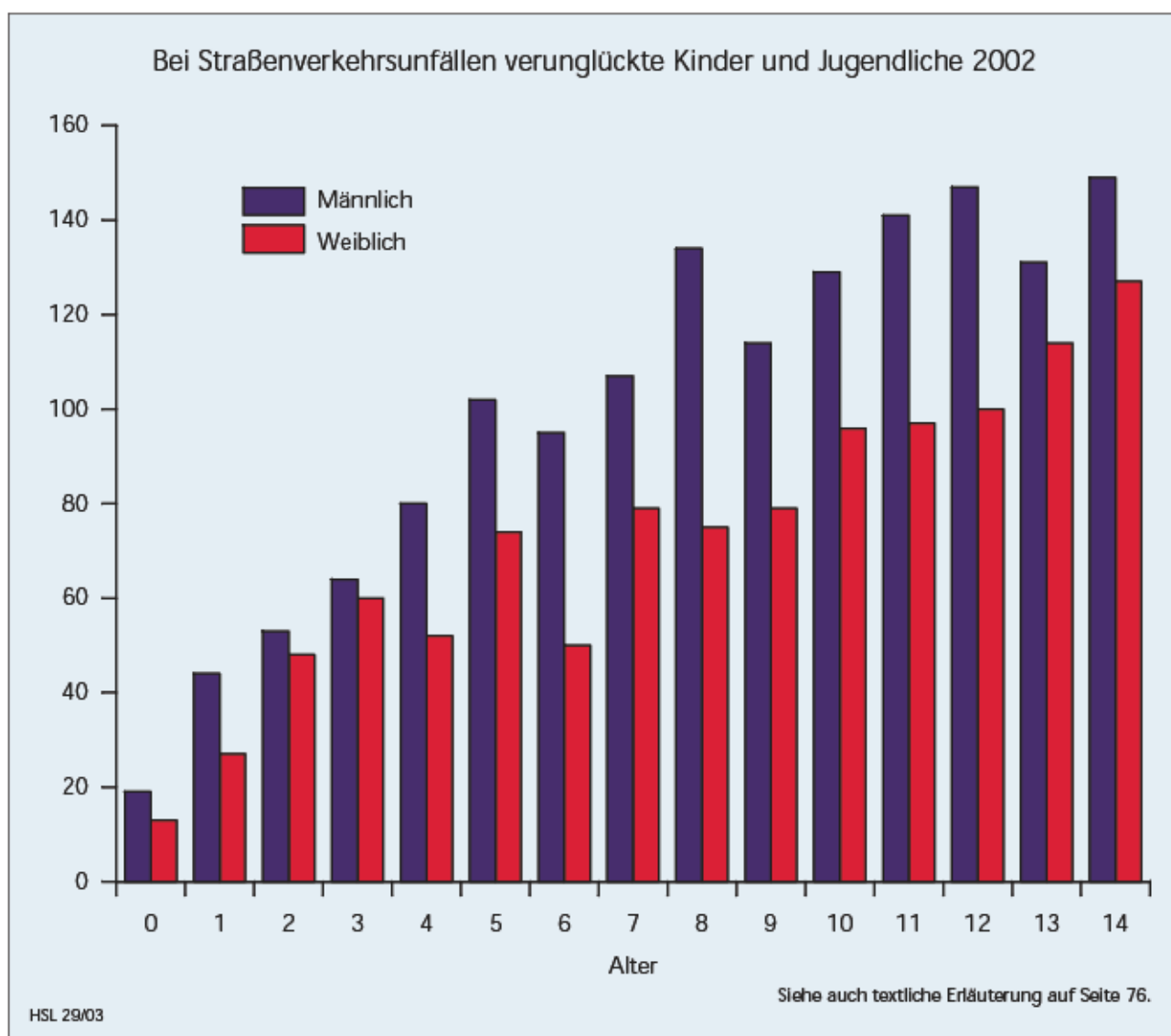
Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- . . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtete Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen. Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



Wasser- und Abwassergebühren in Hessen 2001 und 2002

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wurden bis in die späten Achtzigerjahre hinein primär unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes diskutiert. Die Zustände der öffentlichen Gewässer und die Sorge um eine quantitativ wie qualitativ ausreichende Versorgung mit Frischwasser beherrschten die Tagesordnungen zur Wasserwirtschaft. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung waren in diesem Kontext natürliche Aufgaben staatlicher, kommunaler Daseinsvorsorge. Die ökonomischen Aspekte der Wasserwirtschaft haben sich aber in den letzten Jahren — spätestens mit der in den Neunzigerjahren einsetzenden Deregulierungsdebatte — auf den vorderen Plätzen der Agenden etabliert. Trotz der Bedeutung der Thematik: Es gibt keine amtlichen, auf gesetzlicher Grundlage durchzuführenden, methodisch vergleichbaren, regelmäßigen Erhebungen über die Wasser- und Abwassergebühren. Wann immer es die knappen Mittel erlauben, versucht das Hessische Statistische Landesamt daher, diese sich auftuende Informationslücke zu schließen. Nach 1997 konnten die Wasser- und Abwassergebühren im Jahr 2002 nochmals erhoben werden. Diese Abhandlung gibt Einblicke in die Thematik, die Erhebung und das statistische Ergebnis, das aktuell in einem umfänglichen Sonderbericht Veröffentlichung fand¹⁾.

1 Grundlagen, Begrifflichkeiten und statistische Erhebung

Wasserversorgung

Wasser ist keine übliche Handelsware, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt werden muss. Die Landespolitik begreift daher die Wasserversorgung als Bestandteil einer nachhaltigen Wasserwirtschaft, die sich an den Zielen der Erhaltung und des Schutzes der Umwelt, der Verbesserung ihrer Qualität und des Ressourcenschutzes ausrichtet²⁾. Wesentliches Ziel der nachhaltigen Wasserwirtschaft ist die langfristige Sicherstellung der öffentlichen und industriell-gewerblichen Wasserversorgung unter Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit und Attraktivität der Gesamtregion sowie der räumlichen Nutzungsanforderungen von Bevölkerung und Wirtschaft.

Bei der Trinkwasserversorgung handelt es sich, wie in anderen Bereichen der leitungsgebundenen Infrastruktur auch, um einen Markt, der teilweise die Eigenschaften natürlicher Monopole aufweist. Diese werden durch die speziellen Eigenschaften des Gutes „Wasser“ und den sich davon herleitenden besonderen Versorgungs- und damit Kostenstrukturen sowie rechtlichen Rahmenbedingungen noch verstärkt. So ist Trinkwasser ein heterogenes Gut, das in Abhängigkeit vom Wasservorkommen unterschiedliche Beschaffenheiten aufweist. Für Mischungen, die nur unter Beachtung hygienischer und wasserchemischer Grenzen möglich sind, wird in aller Regel eine Aufbereitung erforderlich. Qualitätsmängel können mit Gesundheitsgefahren für die Verbraucher verbunden sein. Lagerung und Transport führen grundsätzlich

zu Qualitätsminderungen, und die hohe Masse des Gutes verursacht entsprechende Transportkosten.

Als Teil der Daseinsvorsorge zählt die Wasserversorgung traditionell zum Kernbereich des Wirkungskreises der Gemeinden. In Hessen ist die Wasserversorgung eine Pflichtaufgabe der Gemeinde (§ 54 Abs. 1 Hessisches Wassergesetz — HWG). Danach haben die Kommunen in ihrem Gebiet die Bevölkerung und die gewerblichen und sonstigen Einrichtungen ausreichend mit Trink- und Betriebswasser zu versorgen. Sie können diese Aufgaben entweder selbst durchführen, ihre Durchführung auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts übertragen oder sich privater Dritter bei der Erfüllung dieser Aufgabe bedienen. Die Gemeinde kann die Wasserversorgung also privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich organisieren. Bedient sich die Gemeinde bei der Erfüllung der Pflichtaufgabe Wasserversorgung eines privaten Dritten oder nimmt sie ihre Aufgabe der Daseinsvorsorge „Wasserversorgung“ in privatrechtlicher Rechtsform wahr, so verbleibt dennoch die Verantwortung für die Wasserversorgung uneingeschränkt bei ihr; man spricht in diesen Fällen von einer formellen Privatisierung.

Die hohe Qualität des Leistungsangebotes deutscher Wasserversorger ist weitestgehend unumstritten. Nachdem aber im April 1998 die kartellrechtlichen Ausnahmereiche für Strom und Gas aufgehoben wurden, stellt sich nun auch für die Trinkwasserversorgung in Deutschland die Frage, ob Maßnahmen zur Verstärkung des Wettbewerbs einen Beitrag zu einer Veränderung der Unternehmensstrukturen und zu einer Effizienzerhöhung leisten können. Dabei ist der deutsche Wassermarkt bereits heute durch den Wettbewerb unterschiedlicher Systeme gekennzeichnet. Für die Verfolgung der Ziele im Gesundheits- und Umweltrecht besteht ein umfassender Ordnungsrahmen, der für alle Wasserver-

1) Hessisches Statistisches Landesamt; Die Wasser- und Abwassergebühren in Hessen, Wiesbaden, März 2003, 131 Seiten mit Beilage einer CD-ROM.

2) Hessisches Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten; Wasser und Boden; 2002, S. 1 (www.mueifg.hessende/wasser_boden/grundwasser/wasserversorgung)

sorgungsunternehmen — unabhängig von der Organisation des Wassermarktes — verbindlich ist. Um allerdings infolge der Zunahme des Wettbewerbs eventuelle Gefährdungen der Trinkwassergüte sowie des Umweltschutzes zu vermeiden, bleiben durchaus Lücken im wasserwirtschaftlichen Ordnungsrahmen zu schließen und Defizite im Vollzug des bestehenden umwelt- und gesundheitspolitischen Instrumentariums zu beseitigen³⁾. Nicht von ungefähr plädieren daher ernst zu nehmende Stimmen mit stichhaltigen Argumenten⁴⁾ für eine gründliche Abklärung der Rahmenbedingungen einer weitergehenden Privatisierung der Wasserversorgung, um deren Vor- und Nachteile im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Wasserversorgung umfassend zu würdigen.

Abwasserbeseitigung

Das durch seinen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte Wasser wird als *Schmutzwasser* bezeichnet. *Häusliches Abwasser* ist, nach der Definition des Rates der Europäischen Union, Abwasser aus Wohngebieten und den dazu gehörigen Einrichtungen vorwiegend menschlichen Ursprungs und der Tätigkeiten in Haushaltungen⁵⁾. In einer Negativabgrenzung wird demgegenüber industrielles Abwasser als Abwasser aus Anlagen für gewerbliche oder industrielle Zwecke, soweit es sich nicht um häusliches Abwasser und Niederschlagswasser handelt, in dieser Richtlinie durch den Rat definiert. *Niederschlagswasser* ist das aus dem Bereich von bebauten oder künstlich befestigten Flächen abfließende oder gesammelte Wasser. Das in die öffentliche Kanalisation aus Haushaltungen oder ähnlichen Einrichtungen und aus Gewerbebetrieben oder Industrieanlagen abfließende Schmutzwasser, das über die Kanalisation abgeleitete Niederschlagswasser und das sonstige mit Schmutz- oder Niederschlagswasser in Abwasseranlagen abfließende Wasser bezeichnet man zusammenfassend als *Abwasser*. Nach dem Hessischen Wassergesetz gilt darüber hinaus als Abwasser das aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretende und gesammelte Wasser sowie der in Kleinkläranlagen anfallende Schlamm, soweit er aus häuslichem Abwasser stammt⁶⁾. Zielsetzung der Ableitung und Behandlung der Abwässer ist es, Boden und Gewässer vor schädlichen Verunreinigungen zu schützen und deren Nutzung und die dortigen Lebensgemeinschaften möglichst nicht zu beeinträchtigen.

3) Bundesministerium für Wirtschaft; Optionen, Chancen und Rahmenbedingungen einer Marktoöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung; Forschungsvorhaben 11/00 – Endbericht; Juli 2001, S. 6.

4) Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE); Moratorium bei der Privatisierung der Wasserversorgung; zitiert nach: www.isoe.de/presse/morat.htm

5) Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates über die Behandlung von kommunalem Abwasser (KommAbwVO) vom 24. Juni 1997; GVBl. 1997, S. 297; 2000, S. 82.

6) Neufassung des Hessischen Wassergesetzes (HWG); Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, 21. Januar 2003, Nr. 2, S. 23.

7) Neufassung des Hessischen Wassergesetzes (HWG); Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, 21. Januar 2003, Nr. 2, S. 23.

8) Abel, Thomas; Deutscher Städtetag; Thesenpapier zur kommunalen Wasserversorgung in Deutschland; zitiert nach: www.dstgb.de/Brennpunkte/Zukunft_der_Wasserwirtschaft.

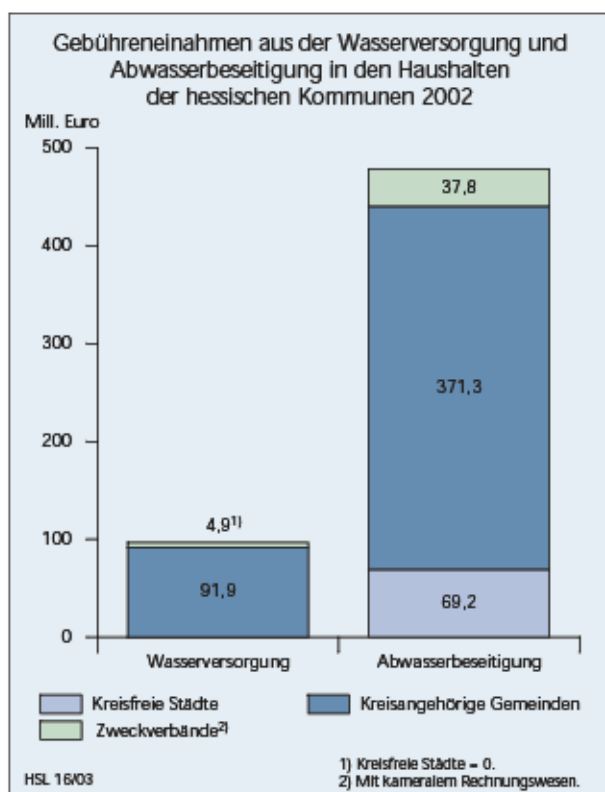
Zur Beseitigung der kommunalen Abwässer sind grundsätzlich die Gemeinden verpflichtet, in denen das Abwasser anfällt⁷⁾. Sie haben das in ihrem Gebiet anfallende Abwasser zu beseitigen, wenn nicht ein verbindlicher Abwasserbeseitigungsplan etwas anderes bestimmt. Die Gemeinden können ihre Abwasserbeseitigungspflicht auf andere Körperschaften des öffentlichen Rechts übertragen. Sie können hierzu insbesondere Wasser- und Bodenverbände oder Zweckverbände bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen. Auch können sie sich zur Erfüllung ihrer abwasserrechtlichen Aufgaben Dritter bedienen. Den Beseitigungspflichtigen ist das anfallende Abwasser entsprechend ihren Vorgaben zu überlassen, womit grundsätzlich ein allgemeiner Zwang zum Anschluss an und zur Benutzung der kommunalen Abwasserentsorgungseinrichtungen besteht.

Bei dem Lebensmittel „Wasser“ sind es in erster Linie die qualitativen Anforderungen, aus denen gegen eine weitergehende Privatisierung der kommunalen Wasserversorgung Bedenken erwachsen. Bei der Abwasserbeseitigung treten dagegen eher die betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkte, Fragen der Basis der Kostenkalkulationen und damit der Preisbildung, in den Vordergrund, da privaten Unternehmen Gewinnaufschläge für eine ausreichende Rendite des eingesetzten Kapitals einzuräumen sind. Die Wahl der Unternehmensform wird über die Gebühren- bzw. Preisgestaltung nicht ohne Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger bleiben können: „Ein an der Gewinnoptimierung orientiertes privates Unternehmen muss gegenüber einem lediglich an der Kostendeckung ausgerichteten kommunalen Unternehmen eine erhebliche Effizienzsteigerung realisieren, um unter dem Strich günstiger anbieten zu können“⁸⁾.

Gebühren für Frischwasser und Abwasser

Als Entgelte — Äquivalente oder Gegenleistungen — für konkrete öffentlich-rechtliche Dienstleistungen erheben die Gemeinden und Gemeindeverbände kommunale Gebühren. Allgemein wird zwischen Benutzungsgebühren — als Entgelt für die tatsächliche Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Leistungen — und Verwaltungsgebühren — als Gegenleistung für Amtshandlungen — unterschieden. Die kommunalen Gebühren haben als Verwaltungseinnahmen für die Gemeinden erhebliche Bedeutung.

In Hessen erzielten die Gemeinden im Jahr 2000 Gebühreneinnahmen in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. Euro. Dies waren gut 8 % ihrer Gesamteinnahmen und 10 % ihrer Verwaltungseinnahmen. Gut ein Drittel der kommunalen Gebühreneinnahmen wurden aus der Abwasserbeseitigung (440 Mill. Euro) und der Wasserversorgung (92 Mill. Euro) Erlöst. Weitere 43 Mill. Euro an Gebühreneinnahmen aus der kommunalen Wasserwirtschaft lassen sich aus den laufenden Statistiken in den Haushalten der rund 120 hier tätigen kamerale Zweckverbände nachweisen. Damit wurden von den Gemeinden im Jahr 2000 rund 575 Mill. Euro an Gebüh-



ren aus der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung haushaltsmäßig vereinnahmt. Über das Gebührenaufkommen bei den kaufmännisch buchenden Zweckverbänden und aus den kommunalen Haushalten ausgegliederten, mit dem Einzug der Wasser- und Abwassergebühren beauftragten Einrichtungen liegen keine Daten vor.

Nach § 93 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung haben sich die Gemeinden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen, soweit vertretbar und geboten, aus Entgelten für ihre Leistungen zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen. Steuern und Kredite treten in der Rangfolge der Einnahmenbeschaffung hinter die speziellen Entgelte (Gebühren, Beiträge, Kommunalabgaben eigener Art) zurück. Diese zwingend festgelegte Rangfolge verpflichtet die Gemeinden dazu, die ihnen eröffneten Möglichkeiten zur Erhebung spezieller Entgelte vorrangig wahrzunehmen und die ihnen gesetzlich zugewiesenen Abgabequellen auszuschöpfen.

Das Erheben von Benutzungsgebühren unterliegt bestimmten gebührenrechtlichen Grundsätzen, die teils aus dem Begriff Gebühr, teils aus der Verfassung abgeleitet werden. Im Verhältnis zwischen Kommunen und Gebührenpflichtigen sind das *Äquivalenzprinzip* — zwischen der erhobenen Gebühr und dem Wert der Gegenleistung darf kein offensichtliches Missverhältnis bestehen — und der *Grundsatz der speziellen Entgeltlichkeit* — eine Gebühr darf dem Gebührenpflichtigen nur für eine speziell für ihn erbrachte Leistung auferlegt werden — zu beachten. Im Verhältnis der

Gebührenpflichtigen untereinander ist der *Gleichheitsgrundsatz (Gerechtigkeitspostulat)* anzulegen: Die Gebühren müssen grundsätzlich nach dem Umfang der Benutzung bemessen sein, sodass die Benutzer bei gleicher Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung etwa gleich hohe Gebühren, bei unterschiedlicher Benutzung diesen Unterschieden in etwa entsprechende Gebühren bezahlen.

Dass Benutzungsgebühren auf der Grundlage von nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten kalkuliert werden müssen, ist in Hessen — wie in allen anderen Bundesländern — Vorschrift. Es gibt allerdings bedeutsame Unterschiede im Hinblick auf die Zulässigkeit verschiedener Abschreibungsmethoden, auf die Definition der Abschreibungsbasis sowie auf die davon abhängige Höhe der kalkulatorischen Verzinsung des gebundenen Restkapitals. Auch enthält das Hessische Kommunalabgabengesetz, wie die meisten anderen Abgabenordnungen der anderen Bundesländer, ein Kostendeckungsgebot. In praktisch allen Kommunalabgabengesetzen sind *Grundgebühren*, d. h. zweiteilige Tarife, ausdrücklich für zulässig erklärt. Die Grundgebühr ist in Hessen auf die Kosten der Unterhaltung der öffentlichen Einrichtung beschränkt. Mit der Grundgebühr können somit — beispielsweise durch das Bereitstellen und das ständige Vorhalten der Leitungsnetze sowie speziellen Einrichtungen der Wasserversorgung (etwa Pumpstationen, Zwischenspeicher) und der Abwasserbeseitigung (u. a. Vorklärwerke, Kläranlagen) entstehende, vom Verbrauch unabhängige Betriebskosten — wie anteilige Personalkosten der Verwaltung, Abschreibungen und Zinsen — ganz oder teilweise in Ansatz gebracht werden. Die Gestaltung der verbrauchsabhängigen Tarife hat in Hessen in enger Auslegung des Äquivalenzprinzips linear zu erfolgen; lediglich in Baden-Württemberg und Thüringen sind auch progressive Tarife zulässig. Degressive Tarife für Betriebe, die Sparvorkehrungen für ihren Wasserverbrauch treffen, kennt man nur in Bayern. Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt erlauben Anreize für umweltschonendes Verhalten im Rahmen der Gebührentarife.

Gebührenordnungen der so genannten kostenrechnenden Einheiten, die sich zu mehr als der Hälfte über Gebühreneinnahmen finanzieren, unterliegen der Haushaltsaufsicht des Landes. Es wird überwacht, ob die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes eingehalten, insbesondere die kalkulatorischen Kosten regelkonform berechnet werden. Die Gemeinden haben de facto bei der Festlegung der kalkulatorischen Verzinsung einen hohen Ermessensspielraum. Auch bei der Alternative, vom Anschaffungs- oder Wiederbeschaffungswert abzuschreiben, ergeben sich unterschiedlich hohe ansatzfähige Kosten, wobei i. d. R. der Wiederbeschaffungswert die höheren Kosten ausweist.

Die Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen bleibt bei der Festsetzung von kommunalen Gebühren grundsätzlich außer Betracht, weil ihrer Leistung eine Leistung der Kommune

gegenübersteht. Wenn im Einzelfall die Heranziehung eine persönliche oder sachliche Härte darstellt, kann die Kommune auf Antrag mit einer Billigkeitsentscheidung helfen, z. B. durch Stundung, Ratenzahlung, teilweisen oder völligen Erlass oder Niederschlagung.

Die Gemeinden müssen nicht Eigentümer der Einrichtung sein, für die sie Gebühren oder Beiträge erheben. Haben sie Dritte mit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben betraut, müssen sie sich in dem Vertrag mit dem Dritten einen solchen Einfluss auf die Einrichtung einräumen lassen, dass sie die Leistungen wie eine der Gemeinde eigene Einrichtung zur Verfügung stellen und die Inanspruchnahme zu angemessenen Bedingungen garantieren können.

Die Gebühren werden in der Regel von den örtlichen Parlamenten per Satzung beschlossen und in regelmäßigen Abständen — den skizzierten Grundsätzen der Gebührenfestlegung folgend — an die Kostenentwicklung angepasst.

Der Gebührenmaßstab, der dem Gerechtigkeitspostulat ideell am ehesten entspricht, ist der *Wirklichkeitsmaßstab*, wonach Art und Umfang der Inanspruchnahme einer Leistung genau festzustellen sind. Wirklichkeitsmaßstäbe sind grundsätzlich bei der Gebührenfestsetzung anzuwenden. Muss ausnahmsweise ein *Wahrscheinlichkeitsmaßstab* gewählt werden, dann darf er nicht in einem offensichtlichen Missverhältnis zur Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung stehen. Während die Bemessungsgrundlage für den Frischwasserbezug durch beim Verbraucher installierte Messgeräte leicht zu ermitteln ist, sind Messeinrichtungen für das beim Nutzer der öffentlichen Abwasserbeseitigung anfallende Abwasser in der Praxis zu aufwändig und wenig praktikabel. Daher wurde beim Abwasser die Anwendung eines Wahrscheinlichkeitsmaßstabs in ständiger Rechtsprechung stets bejaht. Für die Einleitung häuslicher Abwässer in die Kanalisation wird hierzu im Allgemeinen der so genannte *Frischwassermaßstab* angelegt, nach dem angenommen wird, dass der Frischwasserverbrauch mit der Menge des eingeleiteten Abwassers korreliert.

Die Kosten für die Behandlung des *Niederschlagswassers* sind jedoch infolge der in den letzten Jahren erhöhten gesetzlichen Anforderungen gestiegen. Auch sorgen die hydraulischen Probleme bei der Niederschlagswasserbeseitigung für einen hohen finanziellen Aufwand⁹⁾. Da nach dem Frischwassermaßstab die Einleitung des von einer Liegenschaft abfließenden Niederschlagswassers unberücksichtigt bleibt, ist seit Beginn der Neunzigerjahre eine Reihe von Gemeinden dazu übergegangen, hierfür eine zusätzliche Gebühr zu erheben. Als regionale Besonderheit wurde in den Achtzigerjahren die Niederschlagswassergebühr von den Gemeinden im hessischen Ried als ein Instrument gegen das starke Absinken des Grundwasserspiegels eingeführt. Die

Niederschlagswassergebühren sollen grundsätzlich die Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwässerungsverhältnisse auf den einzelnen Grundstücken ermöglichen (Umsetzung des Gerechtigkeitspostulats). Gebührenmaßstab ist daher die Größe der bebauten oder künstlich befestigten Fläche eines Grundstücks, von der Niederschlagswasser der Abwasserbeseitigung zugeführt wird. Mit der Niederschlagswassergebühr können im Sinne des Hessischen Wassergesetzes somit Steuerungsfunktionen wahrgenommen werden, indem Grundstückseigentümer, die das auf ihr Grundstück gelangende Regenwasser versickern lassen oder verwerten, entsprechend begünstigt werden. Allerdings ist restriktive Voraussetzung für die Erhebung einer Niederschlagswassergebühr, dass die Gemeinden die versiegelten oder befestigten Grundstücksanteile, von denen Niederschlagswasser der öffentlichen Abwasserbeseitigung zugeleitet wird, genau ermitteln. Einer zur Erfüllung des Gleichheitsgrundsatzes bei der Gebührenbemessung wünschenswerten weiteren Verbreitung der Niederschlagswassergebühr ist dieses ebenso notwendige wie aufwendige Präliminare sicherlich nicht förderlich.

Statistische Erhebung der Frischwasser- und Abwassergebühren

Die Frischwasser- und Abwassergebühren werden weder bundesweit noch in einzelnen Bundesländern regelmäßig nach methodisch einheitlichen Verfahren erhoben. Um die Informationslücke zumindest für Hessen zu schließen und auf Grund der starken Nachfrage nach diesen Informationen hat das Hessische Statistische Landesamt erstmals im Jahr 1997 die Wasser- und Abwassergebühren für die Jahre 1996 und 1997 bei den hessischen Gemeinden erfragt. Erhoben wurden damals zum Stichtag 30. Juni die in den Gemeinden geltenden Gebühren für den Frischwasserverbrauch, die verbrauchsabhängigen Gebühren für häusliches Abwasser und die Niederschlagswassergebühren. Der überaus positiven, zu einer erneuten Erhebung ermutigenden Kritik zur Erhebung 1996/1997 waren allerdings auch konstruktive Bedenken zu entnehmen. Diese aufgreifend wurden zum einen in der aktuellen Erhebung nunmehr neben den mengenabhängigen Verbrauchs- beziehungsweise Nutzungsgebühren *auch die jeweiligen Grundgebühren* berücksichtigt, wobei für den Bezug von Frischwasser nur der Mess- bzw. Grundpreis für den jeweils kleinsten Zähler bei den Gemeinden erhoben wurde. Zur weiteren Verbesserung der interregionalen und temporären Vergleichbarkeit des Datenmaterials und der Belastungen der Endverbraucher aus der Inanspruchnahme der Leistungen der kommunalen Wasserwirtschaft erfolgte für die unterschiedlichen Tarifgestaltungen die Berechnung von *Vergleichsgebühren*. Grundsätzlich wurden dabei als Vergleichsmenge 48 m³ pro Person und Jahr zu Grunde gelegt. Diese Festlegung stützt sich auf Empfehlungen des Bundesverbandes der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), der einen bundesdurchschnittlichen, jährli-

9) Cosack, Tilman; Juristische Grundlagen bei der Erhebung einer getrennten Abwassergebühr; in: Kommunale Steuer-Zeitschrift, Heft 1, Januar 2001, S. 1.

Übersicht der Vergleichsgebühren

Die *Frischwasservergleichsgebühr* (F_v) wurde für eine statistische Vergleichsperson mit einem Frischwasserverbrauch von 48 m³ pro Jahr berechnet.

Berechnungsbeispiel für die Gemeinde Malsfeld, Jahr 2002:

Gebühren für Frischwasser (F): 0,97 Euro je m³; monatliche Grundgebühr für Frischwasser (GF): 0,46 Euro; Vergleichsverbrauchsmenge (V): 48 m³

$$F_v = (F \times V) + (12 \times GF) = (0,97 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 0,46 \text{ Euro}) = 52,08 \text{ Euro}.$$

Die *Abwasservergleichsgebühr* (A_v) wurde für eine statistische Vergleichsperson mit einem Frischwasserverbrauch und damit einem Schmutzwasservolumen von 48 m³ pro Jahr berechnet, wobei hier die gegebenenfalls in der Gemeinde erhobene Niederschlagswassergebühr mit einer fiktiven versiegelten Fläche von 50 m² pro Jahr und Person berücksichtigt wurde.

Berechnungsbeispiel für die Gemeinde Fernwald, Jahr 2002:

Gebühren für häusliches Abwasser (A): 0,85 Euro je m³; monatliche Grundgebühr für Abwasser (GA): 0,0 Euro; Niederschlagswassergebühr (N): 0,50 Euro je m² versiegelter Fläche; Vergleichsverbrauchs- resp. -nutzungsmenge (V): 48 m³

$$A_v = (A \times V) + (12 \times GA) + (50 \times N) = (0,85 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 0,0 \text{ Euro}) + (50 \times 0,50 \text{ Euro}) = 65,80 \text{ Euro}.$$

Darüber hinaus wurde für den Vergleich der Belastungen der Endnutzer aus der kommunalen Frisch- und Schmutzwasserversorgung eine *Gesamtvergleichsgebühr* berechnet.

Die Gesamtvergleichsgebühr (G_v) wurde ebenfalls für die statistische Vergleichsperson mit einem Frischwasserverbrauch und einem damit korrespondierenden Schmutzwasservolumen von 48 m³ pro Jahr berechnet, wobei die gegebenenfalls in der Gemeinde erhobene Niederschlagswassergebühr mit einer fiktiven versiegelten Fläche von 50 m² pro Jahr und Person berücksichtigt wurde.

Berechnungsbeispiel für die Gemeinde Stockstadt am Rhein, Jahr 2002:

Gebühren für Frischwasser (F): 1,87 Euro je m³; monatliche Grundgebühr für Frischwasser (GF): 7,16 Euro; Gebühren für häusliches Abwasser (A): 2,20 Euro je m³; monatliche Grundgebühr für Abwasser (GA): 0,0 Euro; Niederschlagswassergebühr (N): 0,80 Euro je m² versiegelter Fläche; Vergleichsverbrauchs- resp. -nutzungsmenge (V): 48 m³

$$G_v = (F \times V) + (12 \times GF) + (A \times V) + (12 \times GA) + (50 \times N) \\ = (1,87 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 7,16 \text{ Euro}) + (2,20 \text{ Euro} \times 48) + (12 \times 0,0 \text{ Euro}) + (50 \times 0,80 \text{ Euro}) = 321,18 \text{ Euro}.$$

chen Wasserverbrauch von 190 m³ für einen Vier-Personen-Haushalt ermittelt hat. Der Ansatz eines Pro-Kopf-Verbrauchswertes für die Berechnung der Vergleichsgebühren folgt der Überlegung, dass mit dieser Größe die Nutzungs- und Vergleichsmöglichkeiten für den Datennutzer noch verbessert werden.

Die Übersicht gibt die Berechnungsschemata der Vergleichsgebühren mit exemplarischen Berechnungsbeispielen wieder.

In der Wiederholungserhebung des Jahres 2002 wurden die in den Gemeinden jeweils zum 1. April der Jahre 2001 und 2002 gültigen Gebührensätze erfragt. Sowohl in der Erhebung des Jahres 1997 als auch in der aktuellen Erhebung wurden die Gebührensätze ohne Mehrwertsteuer erhoben und werden in dieser Abhandlung und in der ihr zu Grunde liegenden Publikation ebenso netto — ohne diese Steuer, die für den Verbraucher mit zusätzlichen 7 % zu Buche schlägt — dargestellt.

2 Frischwassergebühren in Hessen

Im Jahr 2002 wurden von den hessischen Gemeinden für den Kubikmeter Frischwasser durchschnittlich 1,70 Euro an Verbrauchsgebühren verlangt. Die Spannweite dieser verbrauchsbezogenen Frischwassergebühren war beträchtlich. Sie reichte von 0,82 Euro im Minimum bis zu 3,27 Euro im Maximum. Allerdings wurde von mehr als drei Vierteln der 426 hessischen Gemeinden zusätzlich eine monatliche Grundgebühr für den Frischwasserbezug erhoben. Im Durchschnitt forderten diese 329 Gemeinden eine Grundgebühr von 1,65 Euro pro Monat. Hier war die Spannweite noch eindrucksvoller als bei den Verbrauchsgebühren: Sie reichte von 0,21 bis zu 9,95 Euro.

Bei den 97 Gemeinden, die keine zusätzliche Grundgebühr erhoben, betrug die durchschnittliche Frischwassergebühr ebenfalls nur 1,70 Euro je m³. Hier lag das Minimum bei 1,07 Euro je m³, das Maximum jedoch lediglich bei 2,68 Euro je m³.

Frischwassergebühren in Hessen 2002 nach Einwohnergrößenklassen

Einwohnergrößenklasse	Verbrauchsabhängige Gebühren					Grundgebühren			
	Gemeinden	Euro je m³			Gemeinden	monatl. Grundpreis (Euro)			
		D	niedrigster Wert	höchster Wert		D	niedrigster Wert	höchster Wert	
Unter 1 000	1	1,31	X	X	1	2,04	X	X	
1 000 bis unter 3 000	32	1,67	1,25	2,38	28	1,24	0,50	5,56	
3 000 bis unter 5 000	71	1,61	0,97	3,27	51	0,96	0,21	7,16	
5 000 bis unter 10 000	151	1,71	0,82	3,03	110	1,12	0,25	7,16	
10 000 bis unter 20 000	114	1,71	0,89	2,86	91	1,26	0,32	9,95	
20 000 bis unter 50 000	45	1,74	1,17	2,74	38	1,99	0,60	7,16	
50 000 bis unter 100 000	7	1,91	1,54	2,21	6	2,11	0,77	5,35	
100 000 bis unter 200 000	3	2,01	1,87	2,13	3	3,49	1,53	7,16	
200 000 bis unter 500 000	1	2,61	X	X	1	2,05	X	X	
500 000 oder mehr	1	2,00	X	X	1	3,27	X	X	
Insgesamt	426	1,70	0,82	3,27	330	1,65	0,21	9,95	

Dieser empirische Befund kann einerseits als Beleg dafür interpretiert werden, dass die Gemeinden in ihren Kalkulationen und Festsetzungen der Grundgebühren tatsächlich nur die von der Inanspruchnahme der Wasserversorgung unabhängigen, fixen Kosten berücksichtigen. Andererseits zeigt er, dass die verbrauchsbezogenen, variablen Kosten offenbar nicht allzu stark differieren. Ein inverser Zusammenhang zwischen den Verbrauchsgebühren und den Grundgebühren, wie er unter der Annahme grundsätzlich unterschiedlicher Kostenstrukturen der Gemeinden mit und ohne Grundgebühr zu vermuten wäre, besteht zudem nicht. Die Korrelation zwischen Verbrauchsgebühren und Grundgebühren (Korrelationskoeffizient $r = 0,08$, Bestimmtheitsmaß $b = 0,006$) lässt keinen Zusammenhang zwischen diesen beiden „Wasserpreisen“ erkennen. Gemeinden, die keine Grundgebühr erheben, verlangen also keineswegs eine erhöhte Nutzungsgebühr, wie umgekehrt Gemeinden, die eine Grundgebühr erheben, deshalb nicht die Verbrauchsgebühren besonders niedrig festsetzen.

Eine erhebliche Bedeutung für die Kosten der Wasserversorgung und damit für die Anspannung der Gebührensätze für das Frischwasser sollten dagegen der Einwohnerzahl und der Siedlungsdichte zukommen. Bei den Verbrauchsgebühren ist dabei wegen des grundsätzlichen Mangels an Kostendegression kein starker Zusammenhang zu vermuten, während bei den Grundgebühren die potenziell mögliche Kostendegression durch mit steigenden Einwohnerzahlen und steigender Siedlungsdichte prinzipiell erhöhten Investitionsbedarf und Unterhaltungsaufwand konterkariert werden kann. Überraschend scheinen bei den Frischwassergebühren Schnitte zwischen den Gemeinden verschiedener Einwohnergrößenklassen erkennbar zu sein. In den größeren Städten und Gemeinden liegen die Gebühren für Frischwasser im Durchschnitt über, in den kleineren Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern unter dem Landesdurchschnitt von 1,70 Euro. Allerdings lässt schon die Betrachtung der Spannbreite der verbrauchsabhängigen Frischwassergebühren in den einzelnen Einwohnergrößenklassen eine starke Verbin-

dung zwischen Einwohnerzahlen und Höhe der Verbrauchsgebühren fraglich erscheinen. Tatsächlich zeitigt die Prüfung anhand der Korrelation keinen signifikanten Zusammenhang; es lassen sich bestenfalls 12 % der Streuung der Verbrauchsgebühren um ihren Mittelwert durch die Einwohnerzahlen erklären.

Bei den Grundgebühren könnte der Zusammenhang zwischen der Einwohnerzahl und der Gebührenhöhe wegen des als steigend anzunehmenden logistischen Aufwands — umfangreichere Versorgungsnetze, Speicher, Anlagen zur Trinkwasseraufbereitung, Pumpstationen usw. — deutlicher sein, sofern hier die Kostendegression diesen nicht überlagert. Tatsächlich belegen auch die Grundgebühren für das Frischwasser nur der Tendenz nach einen vagen Zusammenhang in dem empirischen Material des Jahres 2002 ($r = 0,15$). Weitere Ursachen für dieses Phänomen können zum einen in der divergierenden Siedlungsdichte in Abhängigkeit von der flächenmäßigen Ausdehnung der Gemeinden und den unterschiedlichen Topografien, zum anderen in den die Gemeindegrenzen überschreitenden Versorgungsstrukturen — übergemeindlich, regional anbietende Wasserversorger wie Zweckverbände und öffentlich-rechtliche Unternehmen — vermutet werden.

Aktuelle Veränderungen der Gebühren für Frischwasser

Die Betrachtung der aktuellen Veränderungen der kommunalen Gebühren für Wasser und Abwasser erhält durch die Währungsumstellung zu Anfang des Jahres 2002 einen besonderen Reiz. So können in den aktuellen Veränderungswerten der „Wasser- und Abwasserpreise“ in gewissen Grenzen auch die Effekte der Euro-Einführung abgeschätzt werden.

Tatsächlich haben von den 426 hessischen Gemeinden lediglich 210 Gemeinden ihre Verbrauchsgebühren für Frischwasser im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr verändert. 127 erhöhten, 83 reduzierten die Verbrauchsgebühr. Durch die

zum 1. Januar 2002 erfolgte Währungsumstellung von der Deutschen Mark auf den Euro kann es sich bei den Veränderungen im Bereich von einem Cent um Rundungsdifferenzen handeln. Bleiben diese minimalen Gebührenbewegungen außer Betracht, dann haben lediglich 89 Gemeinden ihre Verbrauchsgebühren gegenüber dem Vorjahr um 2 oder mehr Cent erhöht, nur 55 Gemeinden haben sie um 2 oder mehr Cent zurückgenommen. Die Gebührenveränderungen bewegten sich dabei zwischen Erhöhungen um 43 Cent je m³ und Abnahmen um bis zu 1,93 Euro je m³.

Bei den Grundgebühren für den Frischwasserbezug verzichteten im Jahr 2002 die Gemeinden Calden (Landkreis Kassel) und Heusenstamm (Landkreis Offenbach) gegenüber dem Vorjahr auf die Erhebung dieser Gebühren. Dagegen nahmen im Jahr 2002 vier Gemeinden, die im Vorjahr noch keine Grundgebühr für den Frischwasserbezug angesetzt hatten, diese neu in ihren Gebührenkatalog auf. Insgesamt haben 172 der 329 hessischen Gemeinden, die im Jahr 2002 eine Grundgebühr für den Frischwasserbezug erheben, diese variiert. 67 Gemeinden erhöhten ihre Grundgebühr bzw. setzten eine Grundgebühr neu fest, 105 Gemeinden senkten ihre Grundgebühr bzw. setzten die Erhebung ab. 14 Erhöhungen spielten sich lediglich im Bereich von einem Cent ab; maximal wurden die Grundgebühren — neben den Neuansetzungen (3,27 Euro, 2 Euro, 1 Euro und 0,35 Euro) — um 2 Euro erhöht. Um 2 oder mehr Cent und um bis zu 1,22 Euro senkten 68 Gemeinden ihre Frischwassergrundgebühren; die 2 Gemeinden, die ab 2002 keine Grundgebühr mehr erheben, verzichteten auf monatlich 1,28 bzw. 1,02 Euro von den potenziellen Abnehmern ihres Frischwassers.

Interkommunaler Vergleich der Gebühren für Frischwasser

Aus der Option der Gemeinden zur Erhebung einer zur Verbrauchsgebühr zusätzlichen Grundgebühr erwächst eine Dualität der „Wasserpreise“, die einen direkten Vergleich der regionalen Wasserkosten auf der Stufe der Endverbraucher erschwert. Durch die Berechnung von Vergleichsgebühren lässt sich aber eine methodisch saubere Datenbasis für einen interkommunalen Vergleich der „Wasserpreise“ gewinnen. Aus den bei den Gemeinden erhobenen Gebührensätzen wurden daher, wie oben und in der Übersicht auf Seite .. erläutert, *Frischwasservergleichsgebühren* berechnet.

Die für den Bezug von Frischwasser im Jahr 2002 berechneten Vergleichsgebühren lassen regional erhebliche Belastungsunterschiede für die Wasserabnehmer erkennen. So hatten statistische Vergleichspersonen mit einem Jahresverbrauch von 48 m³ Frischwasser im Landesdurchschnitt knapp 97 Euro für ihre Wasserrechnung — netto, ohne Mehrwertsteuer — im Jahr 2002 zu bezahlen. Am wenigsten kostete nach dieser Modellrechnung der Frischwasserbezug für ein Jahr mit 51 Euro in der Gemeinde Hosenfeld

Frischwasservergleichsgebühren¹⁾ in Hessen 2002 nach Einwohnergrößenklassen (in Euro)

Einwohnergrößenklasse	Frischwasservergleichsgebühren ¹⁾		
	D	niedrigster Wert	höchster Wert
Unter 1 000	87,36	—	—
1 000 bis unter 3 000	95,05	57,60	135,84
3 000 bis unter 5 000	88,63	51,36	181,68
5 000 bis unter 10 000	95,59	54,24	175,68
10 000 bis unter 20 000	97,20	56,16	214,92
20 000 bis unter 50 000	107,36	56,64	175,68
50 000 bis unter 100 000	117,22	92,16	170,28
100 000 bis unter 200 000	109,91	89,76	120,70
200 000 bis unter 500 000	149,88	—	—
500 000 oder mehr	135,24	—	—
Insgesamt (D)	96,72	51,36	214,92

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

(Landkreis Fulda), am meisten in Ginsheim-Gustavsburg (Landkreis Groß-Gerau), wo fast 215 Euro für die gleiche Jahresverbrauchs menge an Frischwasser zu bezahlen waren.

Auch die Tabellierung der Frischwasservergleichsgebühren nach Einwohnergrößenklassen scheint einen Zusammenhang zwischen den Einwohnerzahlen der Gemeinden und der Höhe der Frischwasserpreise wiederzugeben. Nachdem aber bereits bei der Betrachtung der Verbrauchsgebühren und der Grundgebühren des Frischwassers gezeigt werden konnte, dass keine funktionale Beziehung zwischen Gebühren und Gemeindegröße besteht, kann dieser Augenschein nur trügen. Es besteht ebenso kein stringenter Zusammenhang zwischen der Höhe Frischwasservergleichsgebühr und der Größe der Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl ($r = 0,16$; $b = 0,03$).

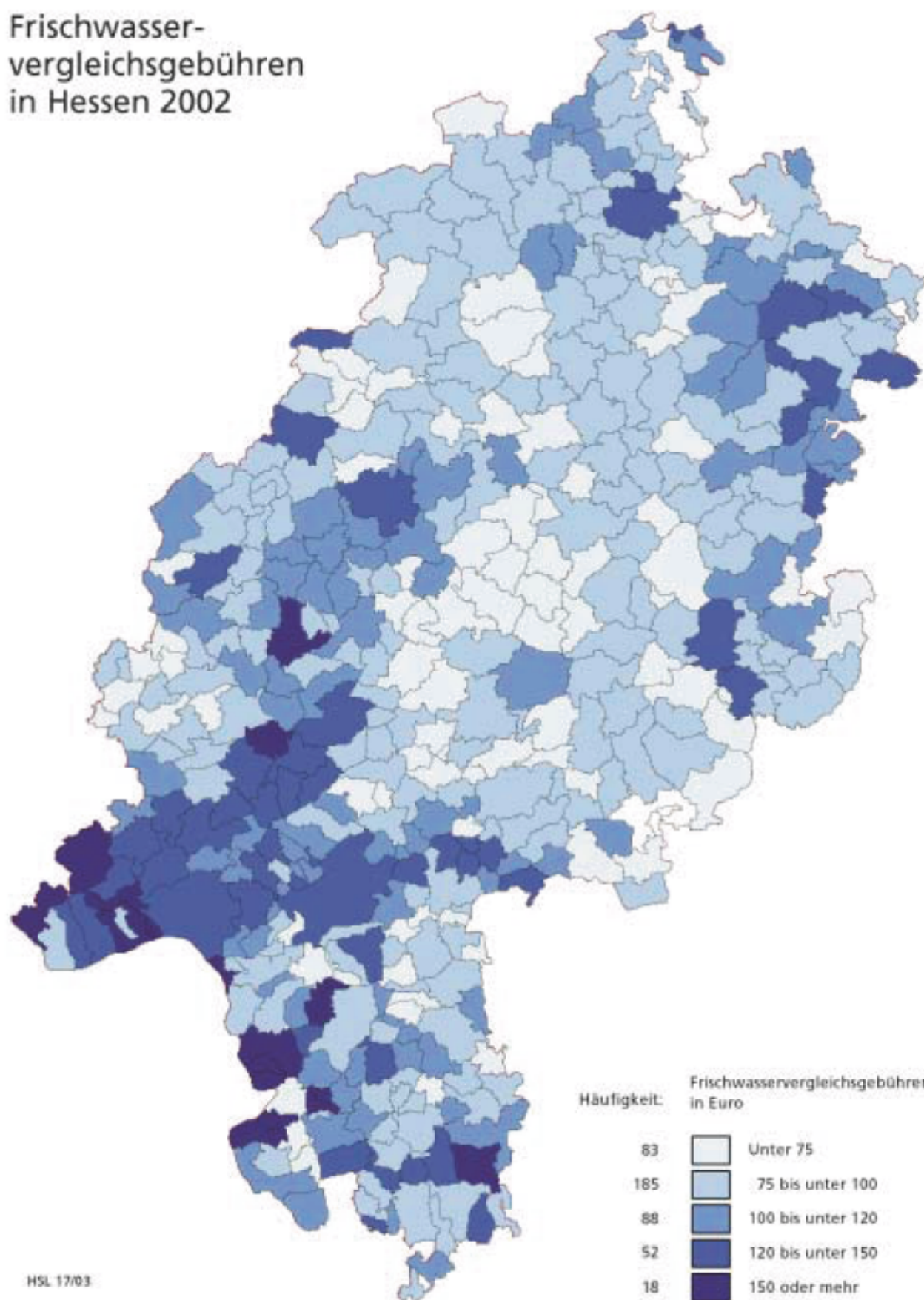
Die für den Frischwasserbezug berechneten Vergleichsgebühren zeigen weiter, dass von den rund 6 Mill. Einwohnern Hessens nicht ganz die Hälfte ihren Jahresverbrauch an Frischwasser für unter 100 Euro an Gebühren decken konnte. Knapp 20 % oder 1,2 Mill. Hessen hatten rechnerisch

Gemeinden und Einwohner in Hessen 2002 nach Größenklassen der Frischwasservergleichsgebühren¹⁾

Gebührengößenklasse (Euro)	D	Ge-meinden	Einwohner am 30.6.2001	
	Euro	Anzahl	Anteil in %	
Unter 75	67,08	83	672 770	11,08
75 bis unter 100	87,19	184	2 149 453	35,40
100 bis unter 120	108,63	88	1 175 197	19,35
120 bis unter 150	131,60	52	1 855 766	30,56
150 oder mehr	172,45	19	218 987	3,61
Insgesamt	96,72	426	6 072 173	100

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

Frischwasser- vergleichsgebühren in Hessen 2002



HSL 17/03

**Frischwassergebühren und Frischwasservergleichsgebühren¹⁾ von ausgewählten Gemeinden
in Hessen 2001 und 2002 nach der Höhe der Vergleichsgebühren 2002**

Stadt (St.), Gemeinde	Frischwassergebühren				Frischwasservergleichsgebühren ¹⁾			
	2001		2002		2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) 2002 gegenüber 2001	
	je m³	monatl. Grundpreis	je m³	monatl. Grundpreis			abs.	%
Euro								
Niedrigste Vergleichsgebühren								
Hosenfeld	1,20	—	1,07	—	57,67	51,36	- 6,31	- 10,9
Malsfeld	0,97	0,46	0,97	0,46	52,15	52,08	- 0,07	- 0,1
Breuberg, St.	1,00	0,56	0,99	0,56	54,61	54,24	- 0,37	- 0,7
Bad Salzschlirf	1,15	—	1,15	—	55,22	55,20	- 0,02	- 0,0
Kelsterbach, St.	1,18	—	1,17	—	56,45	56,16	- 0,29	- 0,5
Obertshausen, St.	1,18	—	1,18	—	56,45	56,64	0,19	0,3
Melsungen, St.	1,18	—	1,18	—	56,45	56,64	0,19	0,3
Grünberg, St.	1,00	0,77	1,00	0,75	57,06	57,00	- 0,06	- 0,1
Mainhausen	1,18	—	1,20	—	56,45	57,60	1,15	2,0
Feldatal	1,20	—	1,20	—	57,43	57,60	0,17	0,3
Höchste Vergleichsgebühren								
Taunusstein, St.	2,74	1,53	2,74	1,53	149,71	149,88	0,17	0,1
Grävenwiesbach	2,66	0,77	2,95	0,77	136,82	150,84	14,02	10,2
Heidenrod	2,78	0,51	3,03	0,51	139,40	151,56	12,16	8,7
Eltville am Rhein, St.	2,33	4,09	2,30	4,09	160,75	159,48	- 1,27	- 0,8
Schlangenbad	2,33	4,09	2,30	4,09	160,75	159,48	- 1,27	- 0,8
Walluf	2,33	4,09	2,30	4,09	160,75	159,48	- 1,27	- 0,8
Wetzlar, St.	2,21	5,47	2,21	5,35	171,92	170,28	- 1,64	- 1,0
11 südhessische Gemeinden ²⁾	1,87	7,16	1,87	7,16	175,68	175,68	0,00	0,0
Lorch, St.	3,27	2,06	3,27	2,06	181,73	181,68	- 0,05	- 0,0
Ginsheim-Gustavsburg	1,99	9,37	1,99	9,95	208,18	214,92	6,74	3,2
Insgesamt (D)	1,69	1,64	1,70	1,65	95,65	96,72	1,07	1,1

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen. — 2) Die südheissischen Gemeinden Alsbach-Hähnlein, Biblis, Bickenbach, Biebesheim am Rhein, Erbach, Erzhausen, Groß-Rohrheim, Riedstadt, Stockstadt am Rhein, Weiterstadt und Darmstadt weisen im Jahr 2002 identische Frischwassergebührenstrukturen auf.

zwischen 100 Euro und bis zu 120 Euro für ihren Jahreswasserverbrauch aufzuwenden. Nur 4 % der Einwohner Hessens in 19 Gemeinden mussten für „Ihre“ 48 m³ Frischwasser zwischen 150 Euro und bis zu rund 215 Euro in der Spitze an Gebühren entrichten.

3 Abwassergebühren in Hessen

Die Umlegung der Kosten der Beseitigung der *häuslichen Abwässer* durch die Gemeinde auf die vorwiegend privaten Einleiter der Abwasser kann grundsätzlich über die Erhebung einer mengenabhängigen Nutzungsgebühr — hier im Weiteren zur deutlicheren Unterscheidung als *Schmutzwassergebühr* bezeichnet —, einer periodischen *Abwassergrundgebühr* und zudem über eine *Niederschlagswassergebühr* erfolgen. Während die anhand des Frischwasserbezugs, als Wahrscheinlichkeitsmaßstab für das Schmutzwasser veranschlagte, mengenorientierte Nutzungsgebühr grundsätzlich in allen hessischen Gemeinden erhoben wird, wurden zusätzliche Grundgebühren nur in 16 Gemeinden und Niederschlagswassergebühren in immerhin 75 Gemeinden von den privaten, häuslichen Nutzern der öffentlichen Abwasserbeseitigung gefordert.

Die Gemeinde Hünfeld hat zum Ende des Jahres 2001 vor dem hessischen Verwaltungsgericht ein Urteil erstritten, nachdem alle drei Gebühren — Nutzungsgebühr, Grundgebühr und Niederschlagswassergebühr — parallel erhoben werden dürfen. Hünfeld könnte damit als erste Gemeinde in Hessen die gesamte Palette der bekannten Abwassergebühren ausschöpfen. In der aktuellen Umfrage über die Abwassergebühren hat die Gemeinde Hünfeld allerdings zu den Stichtagen 1. April 2001 und 2002 keine Grundgebühr für das häusliche Abwasser gemeldet.

Im Jahr 2002 wurden von den hessischen Gemeinden für die Einleitung von 1 m³ Schmutzwasser durchschnittlich 2,65 Euro an Abwassergebühren verlangt. Die Spannweite dieser rein mengenorientierten Gebühren reichte von 0,85 Euro im Minimum bis zu 4,73 Euro im Maximum.

Dass nur 16 oder knapp 4 % der 426 hessischen Gemeinden zusätzlich eine monatliche Grundgebühr für die Abwasserentsorgung festsetzten, kontrastiert stark mit der Gebührenstruktur bei der Frischwasserversorgung; wie gezeigt wurde, verlangten 329 Gemeinden neben der Nutzungsgebühr für das Frischwasser eine zusätzliche Grundgebühr. Offenbar werden die fixen Kosten der Abwasserbeseitigung vorwie-

**Abwassergebühren und Abwasservergleichsgebühren¹⁾ in Hessen 2002
nach Einwohnergrößenklassen**

Einwohnergrößenklasse	Gebühren für häusliches Abwasser				Gebühren für Niederschlagswasser		Abwasservergleichsgebühren ¹⁾
	Gemeinden	je m ³	Gemeinden	monatl. Grundpreis	Gemeinden	je m ² versiegelter Fläche	
		Euro		Euro		Euro	
Unter 1 000	1	2,50	—	—	—	—	120,00
1 000 bis unter 3 000	32	2,71	4	1,90	1	0,01	132,95
3 000 bis unter 5 000	71	2,84	1	3,10	1	0,38	137,29
5 000 bis unter 10 000	151	2,81	6	1,12	13	0,54	137,65
10 000 bis unter 20 000	114	2,55	4	1,45	32	0,56	131,14
20 000 bis unter 50 000	45	2,12	1	3,07	23	0,52	116,96
50 000 bis unter 100 000	7	1,97	—	—	3	0,64	108,13
100 000 bis unter 200 000	3	2,49	—	—	2	0,72	143,51
200 000 bis unter 500 000	1	2,94	—	—	—	—	141,12
500 000 oder mehr	1	1,76	—	—	—	—	84,48
Insgesamt	426	2,65	16	1,64	75	0,54	132,71

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

gend über entsprechende Anschluss- und Erschließungsbeiträge abgedeckt, während beim Frischwasser die Grundgebühren wesentlich zur Abdeckung der Kosten der Zählerinstallation (Zählergebühr) erhoben werden. Im Durchschnitt forderten die 16 Gemeinden, die eine Grundgebühr für häusliches Abwasser verlangten, monatlich 1,65 Euro, wobei hier mindestens 0,13 Euro, höchstens aber 3,10 Euro pro Monat angesetzt wurden. Ein Indiz dafür, dass die Kostenbelastung aus der Abwasserbeseitigung in diesen Gemeinden besonders hoch ist, kann darin gesehen werden, dass sie neben der Grundgebühr überdurchschnittlich hohe Schmutzwassergebühren von den häuslichen Einleitern reklamierten. Nur fünf der sechzehn Gemeinden mit einer Grundgebühr für Abwasser blieben mit ihrer Festsetzung der Schmutzwassergebühren unter dem Landesdurchschnitt, und es lässt sich ein etwas deutlicherer positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Abwassergrundgebühr und der Höhe der Schmutzwassergebühr feststellen ($r = 0,50$; $b = 0,25$).

Die 75 Gemeinden mit Niederschlagswassergebühr verlangten je m² versiegelter oder künstlich befestigter Fläche durchschnittlich eine Gebühr in Höhe von 54 Cent, wobei hier die Spannweite der Gebühren von 1 Cent bis zu 92 Cent reichte.

Die Gebühr für das häusliche Abwasser belief sich allerdings im Durchschnitt dieser Gemeinden nur auf 1,97 Euro — alle Gemeinden: 2,65 Euro —, bei einer minimalen Gebühr von 85 Cent und einer maximalen Gebühr von 3,60 Euro. Ein inverser Zusammenhang zwischen der Schmutzwassergebühr und der Niederschlagswassergebühr für häusliches Abwasser, wie er unter den Annahmen exakter Kostenzurechnun-

gen und der Einlösung des Gerechtigkeitspostulats durch Einführung der Niederschlagswassergebühr vermutet werden könnte, besteht nicht. Die Korrelation zwischen Schmutzwassergebühren und Niederschlagswassergebühren ($r = -0,008$) lässt überhaupt keinen Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Abwassergebührensätzen erkennen. Gemeinden mit hoher Schmutzwassergebühr verlangen also keine niedrigere Niederschlagswassergebühr, wie umgekehrt Gemeinden, die eine Niederschlagswassergebühr erheben, deshalb nicht ihre Schmutzwassergebühr niedriger festsetzen.

Mehr noch als bei der Frischwasserversorgung sollten dagegen Siedlungsdichte und topografische Gegebenheiten für die Gebührenkalkulation der Abwasserbeseitigung eine Rolle spielen. Einerseits kann hier für die direkten Kosten der Inanspruchnahme der Abwasserentsorgung, also für die Kalkulationsbasis der Abwassergebühren, eine Degression bei höherer Siedlungsdichte erwartet werden. Andererseits dürften dieser prinzipiell denkbaren Kostendegression in den hochverdichteten, städtischen Gebieten höhere Investitions- und Unterhaltungskosten entgegenstehen. Mit abnehmender Siedlungsdichte ist dagegen eher mit einer progressiven Kostenbasis für die Grund- und Niederschlagswassergebühren zu rechnen, da hier Einrichtungen zentraler Kläranlagen mit einem höheren Investitionsbedarf aus einer extensiveren Kanalisation einhergehen. In diese Betrachtung wird für die „Siedlungsdichte“ allerdings nur der Indikator Einwohnerzahlen einbezogen, vertiefende Analysen, etwa durch die Einbeziehung der Gemeindeflächen, müssen weitergehenden Untersuchungen vorbehalten bleiben¹⁰⁾.

Tatsächlich lassen sich für die Schmutzwassergebühren diesen Überlegungen entsprechende Tendenzen in dem nach den Einwohnergrößenklassen der Gemeinden gruppierten Datenmaterial erkennen. So liegen die durchschnittlichen

10) Die der Veröffentlichung „Die Wasser- und Abwassergebühren in Hessen“ beiliegende CD-ROM enthält auch Daten der Gebietsflächen der hessischen Gemeinden.

Schmutzwassergebühren in den Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern deutlich unter dem Landesdurchschnitt, während sie in den Gemeinden mit 3000 und bis unter 10 000 Einwohnern deutlich darüber liegen. Ein klarer Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Höhe der Gebühren für Schmutzwasser besteht gleichwohl nicht. Nach der statistischen Berechnungen für die beiden Datenreihen lassen sich nur bis zu 16 % der gesamten Streuung der Schmutzwassergebühren um ihren Mittelwert über die Einwohnerzahlen erklären. Bei den Grundgebühren fällt der Zusammenhang zwischen Einwohnerzahl und Gebührenhöhe zwar erwartungsgemäß etwas deutlicher, aber keineswegs gesicherter aus ($r = 0,29$). Neben der flächenmäßigen Ausdehnung der Gemeinden und den unterschiedlichen topografischen Gegebenheiten sind es sicherlich die besonderen Strukturen der kommunalen Abwasserbeseitigung — die übergemeindlichen, regional tätigen Abwasserversorger —, die hier die Komplexität erhöhen und den Blick auf triviale betriebswirtschaftliche Zusammenhänge verstellen.

Für die *Niederschlagswassergebühren* ist gleichfalls ein schwacher positiver Zusammenhang zwischen der Zahl der Einwohner der Gemeinden und der Höhe der Niederschlagswassergebühr zu ermitteln ($r = 0,19$). Tendenziell steigt danach die Höhe der Niederschlagswassergebühr mit wachsender Einwohnerzahl der Gemeinden. Bei zu Kontrollzwecken durchgeführten Berechnungen der Zusammenhänge zwischen Niederschlagswassergebühren und Gemeindeflächen sowie der Einwohnerdichte konnten die eingangs zu diesem Abschnitt hypothetisch eingebrachten Zusammenhänge ihrer Tendenz nach gut bestätigt werden. So nimmt die Höhe der Niederschlagswassergebühr mit zunehmender Gemeindefläche eher ab ($r = -0,19$), während bei steigender Siedlungsdichte (Einwohner je km² Gemeindefläche) ein leicht stärkerer Hang der Gemeinden zur Anhebung der Niederschlagswassergebühr zu bestehen scheint ($r = 0,34$; $b = 0,11$).

Aktuelle Veränderungen der Gebühren für häusliches Abwasser

Von den 426 hessischen Gemeinden haben im Jahr 2002 lediglich 196 Gemeinden ihre Gebühren für Schmutzwasser gegenüber dem Vorjahr unverändert belassen. Von den 230 Gemeinden, die somit ihre Schmutzwassergebühr zu Anfang 2002 neu festgesetzt haben, haben 68 eine Absenkung, 162 eine Erhöhung dieser Gebühr beschlossen. Um 1 Cent, also im Rundungsbereich der Währungsumstellung, haben 30 der 68 Gemeinden mit Gebührensenkung und 19 der 162 Gemeinden mit Gebührenerhöhung ihren Gebührensatz für das Schmutzwasser verändert. Bleiben diese Minimalveränderungen außer Betracht, dann haben lediglich 38 Gemeinden ihre volumenabhängigen Abwassergebühren gegenüber dem Vorjahr um 2 oder mehr Cent zurückgenommen, aber 143 Gemeinden haben sie um 2 oder mehr Cent angehoben. Die Veränderungen der Schmutzwasser-

gebühren bewegten sich dabei zwischen Erhöhungen um 1,48 Euro je m³ und Abnahmen um bis zu 1,00 Euro je m³.

Bei den Grundgebühren für häusliches Abwasser verzichtete im Jahr 2002 alleine die Kreisstadt Erbach (Odenwald) auf eine weitere Erhebung (2,56 Euro). Demgegenüber hat 1 weitere Gemeinde im Jahr 2002 eine Grundgebühr in Höhe von 2 Euro für häusliches Abwasser eingeführt. Darüber hinaus beschloss die Hälfte der aktuell 16 hessischen Gemeinden mit Grundgebühr für die Entsorgung des häuslichen Abwassers eine Änderung im Jahr 2002. 2 Gemeinden erhöhten ihre Grundgebühr (um 0,03 bzw. 0,60 Euro), 6 Gemeinden senkten sie. Um mehr als 1 und um bis zu 3 Cent reduzierten dabei 4 Gemeinden ihre Grundgebühr für das häusliche Abwasser.

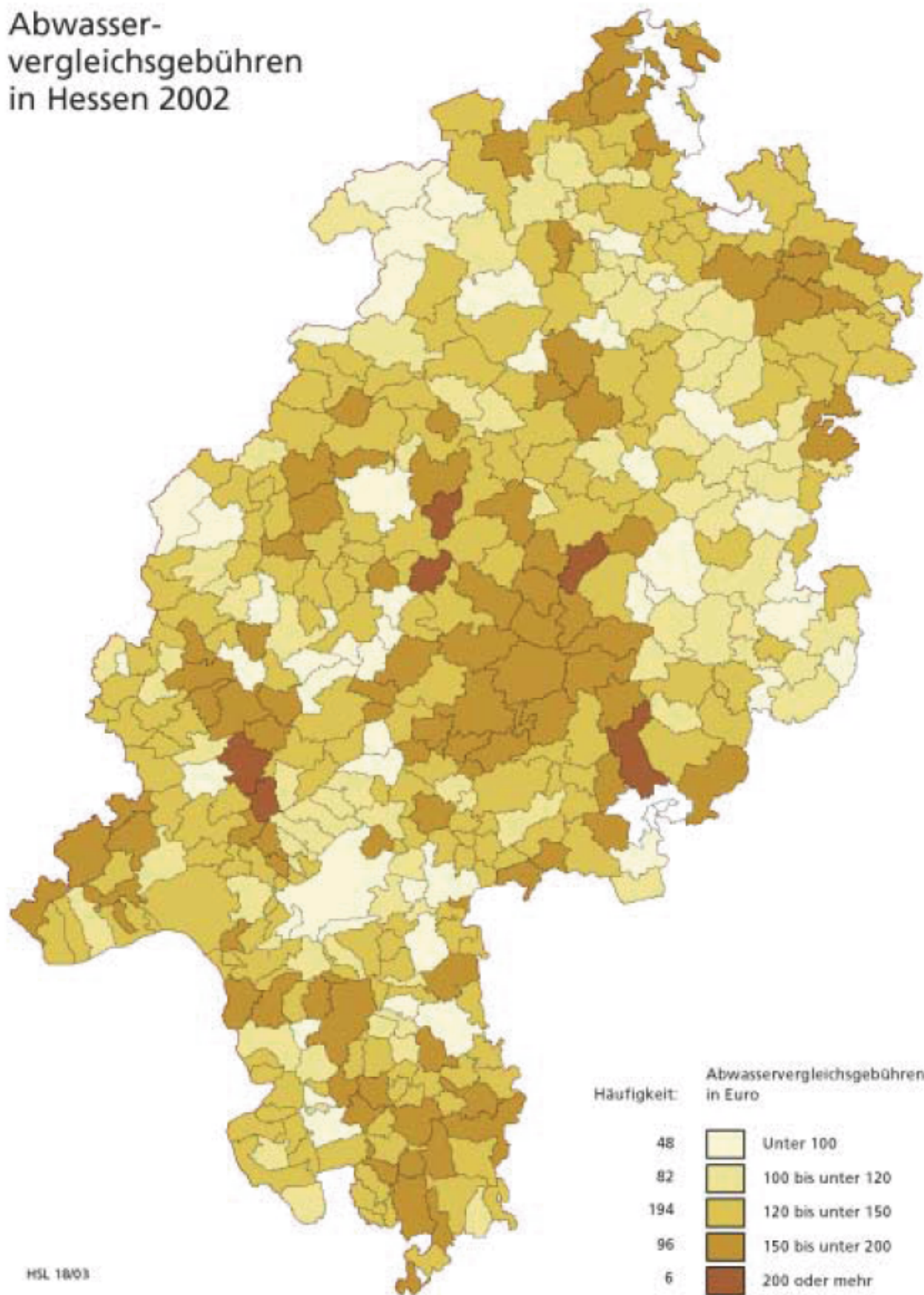
Durch die Einführung einer Niederschlagswassergebühr in der Stadt Usingen (0,75 Euro je m² versiegelter Fläche) stieg die Zahl der hessischen Gemeinden, die diese Gebühr erheben, im Jahr 2002 auf 75 an. 19 Gemeinden erhöhten ihre Niederschlagswassergebühr um bis zu 0,33 Euro je m² versiegelter Fläche, wobei es sich vermutlich bei lediglich 16 Gemeinden um „echte“ Erhöhungen um 2 oder mehr Cent handelt. 11 Gemeinden meldeten für das Jahr 2002 eine gegenüber dem Vorjahr reduzierte Niederschlagswassergebühr, wovon allerdings nur 4 Reduzierungen, mit Abschlägen um 2 und bis zu 12 Cent, für die Gebührenpflichtigen auch reale Entlastungen darstellen dürften.

Interkommunaler Vergleich der Gebühren für häusliches Abwasser

Die Triplizität der Gebühren für das häusliche Abwasser, die sich aus den Optionen der Gemeinden auf zur Schmutzwassergebühr hinzukommende Grundgebühren und Niederschlagswassergebühren ergibt, lässt keinen einfachen, direkten Vergleich der Abwasserkosten zwischen den Gemeinden zu. Ebenso wie beim Frischwasser kann aber durch die Berechnung von Vergleichsgebühren eine methodisch saubere Datenbasis für einen interkommunalen Vergleich der „Abwasserpreise“ berechnet werden. Aus den Gebührensätzen für häusliches Abwasser und Niederschlagswasser wurden zu diesem Zweck *Abwasservergleichsgebühren* gebildet, in denen die Niederschlagswassergebühren mit einer Vergleichsfläche von 50 m² je Einwohner in den betroffenen Gemeinden Berücksichtigung fanden (siehe Übersicht auf Seite 62). Die Tabelle auf Seite 67 enthält in der rechten Spalte die durchschnittlichen Vergleichsgebühren für das häusliche Abwasser nach Einwohnergrößenklassen.

Die für das Jahr 2002 berechneten Abwasservergleichsgebühren lassen regional erhebliche Belastungsunterschiede für die Inanspruchnahme der kommunalen Abwasserbeseitigung erkennen. Danach hatten statistische Vergleichspersonen — dem Wahrscheinlichkeitsprinzip folgend — mit einem dem Frischwasserverbrauch von 48 m³ entsprechen-

Abwasser- vergleichsgebühren in Hessen 2002



HSL 18/03

**Abwassergebühren und Abwasservergleichsgebühren¹⁾ von ausgewählten Gemeinden
in Hessen 2001 und 2002 nach der Höhe der Vergleichsgebühren 2002**

Stadt (St.), Gemeinde	Gebühren für häusliches Abwasser				Gebühren für Niederschlags- wasser		Abwasservergleichsgebühren ¹⁾			
	2001		2002		2001	2002	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (-) 2002 gegenüber 2001	
	je m³	monatl. Grund- preis	je m³	monatl. Grund- preis	je m² versiegelter Fläche					
Euro										
Niedrigste Vergleichsgebühren										
Jossgrund	1,33	—	1,30	—	—	—	63,81	62,40	- 1,41	- 2,2
Haiger, St.	1,30	—	1,30	—	—	—	62,58	62,40	- 0,18	- 0,3
Fernwald	0,87	—	0,85	—	0,51	0,50	67,29	65,80	- 1,49	- 2,2
Hanau, St.	1,47	—	1,47	—	—	—	70,68	70,56	- 0,12	- 0,2
Bad Salzschlirf	1,43	—	1,50	—	—	—	68,72	72,00	3,28	4,8
Heuchelheim	1,05	—	1,07	—	0,42	0,42	71,53	72,36	0,83	1,2
Ebersburg	2,51	—	1,51	—	—	—	120,26	72,48	- 47,78	- 39,7
Rodgau, St.	0,93	—	1,15	—	0,44	0,51	66,41	80,70	14,29	21,5
Pohlheim, St.	1,69	—	1,69	—	—	—	80,99	81,12	0,13	0,2
Linden, St.	1,71	—	1,70	—	—	—	82,22	81,60	- 0,62	- 0,7
Höchste Vergleichsgebühren										
Lautertal (Odenwald)	4,09	—	4,10	—	—	—	196,34	196,80	0,46	0,2
Hirzenhain	4,12	—	4,12	—	—	—	197,56	197,76	0,20	0,1
Grebenhain	2,91	—	4,16	—	—	—	139,89	199,68	59,79	42,7
Hochheim am Main, St.	3,48	—	3,60	—	0,52	0,54	192,96	199,80	6,84	3,5
Steinau a.d.Straße, St.	4,17	—	4,20	—	—	—	200,02	201,60	1,58	0,8
Amöneburg, St.	3,35	—	4,25	—	—	—	160,75	204,00	43,25	26,9
Weilrod	3,68	—	4,40	—	—	—	176,70	211,20	34,50	19,5
Schmitten	4,09	—	4,60	—	—	—	196,34	220,80	24,46	12,5
Schwalmtal	4,60	—	4,60	—	—	—	220,88	220,80	- 0,08	- 0,0
Rabenau	4,73	—	4,73	—	—	—	227,26	227,04	- 0,22	- 0,1
Insgesamt (D)	2,57	1,65	2,65	1,64	0,53	0,54	128,60	132,71	4,11	3,2

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

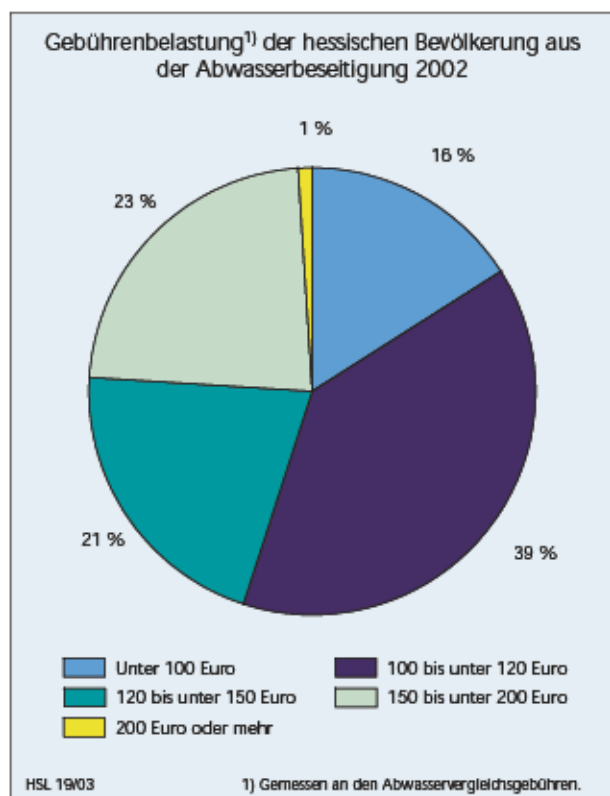
dem Schmutzwasservolumen im Landesdurchschnitt knapp 133 Euro für ihre Abwasserrechnung im Jahr 2002 aufzubringen.

Am wenigsten kostete dieser Modellrechnung zu Folge die Beseitigung privater Abwässer mit 62,40 Euro p. a. in den Gemeinden Haiger (Lahn-Dill-Kreis) und Jossgrund (Main-Kinzig-Kreis), am meisten in Rabenau (Landkreis Gießen), wo rund 227 Euro für eine mengenmäßig vergleichbare Inanspruchnahme der kommunalen Abwasserbeseitigung bezahlt werden mussten.

Die Gruppierung der Abwasservergleichsgebühren nach Einwohnergrößenklassen weist die durchschnittlich höchsten Belastungen aus den Abwassergebühren für die kreisfreien Städte nach. Ausgenommen ist hiervon allein Frankfurt am Main, wo mit gut 84 Euro die deutlich niedrigsten Abwassergebühren unter den kreisfreien Städten entrichtet werden mussten. Nach den kreisfreien Städten waren die höchsten Abwassergebühren mit gut 137 Euro in den rund 220 hessischen Gemeinden mit 3000 bis unter 10 000 Einwohnern zu zahlen.

Schon die separate Betrachtung der Nutzungsgebühren und der Grundgebühren für häusliches Abwasser sowie die der Niederschlagswassergebühren ließ keine funktionale Beziehung zwischen der Höhe der Gebühren und der an der Einwohnerzahl gemessenen Größe der Gemeinden erkennen. Für die zusammenfassende Abwasservergleichsgebühr kann folglich auch kein direkter Bezug zur Größe der Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl festgestellt werden ($r = -0,12$; $b = 0,01$). Damit bleibt festzuhalten, dass für die Gebühren der Beseitigung der kommunalen Abwässer die Einwohnerzahl der Gemeinden alleine keine bestimmende Größe ist. Die Höhe der Gebühren für das häusliche Abwasser wird vielmehr aus dem komplexen Zusammenspiel zahlreicher Faktoren — wie der Siedlungsfläche, der Urbanität, den topografischen Gegebenheiten und den Marktstrukturen — und der durch diese konstituierten lokalen Kostenstrukturen geboren.

Das deutliche Gros der Einwohner Hessens — 5,1 Mill. Einwohner oder rund 83 % der hessischen Bevölkerung — hatte im Jahr 2002 für die Beseitigung seiner Abwasser weniger als 150 Euro an seine Gemeinde oder den von ihr beauftragten Abwasserbeseitiger zu entrichten. Rechnerisch knapp



23 % der Hessen mussten sogar weniger als 100 Euro für die Abwasserbeseitigung aufbringen, während weniger als 1 % der hessischen Bevölkerung in 6 Gemeinden über 200 Euro und bis zu 227 Euro für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abwasserbeseitigung aufzuwenden hatten.

4 Gesamtvergleichsgebühren der kommunalen Wasserwirtschaft

Durch eine Zusammenfassung der Frischwasservergleichsgebühr und der Abwasservergleichsgebühr lässt sich zur Beurteilung der Gesamtbelastung der Bürgerinnen und Bürger aus der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung eine *Gesamtvergleichsgebühr* für die kommu-

nale Wasserwirtschaft berechnen (vgl. Übersicht auf Seite 62). Danach waren im Jahr 2002 für eine vergleichbare Inanspruchnahme der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen durchschnittlich knapp 230 Euro pro Person zu veranschlagen. Von der in diesem Jahr günstigsten Festsetzung der Gebühren für die Nutzung der kommunalen Angebote der Wasserwirtschaft konnten die Einwohner von Bad Salzschlirf (Landkreis Fulda) mit lediglich 127,20 Euro profitieren. Dagegen waren Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lorch (Rheingau-Taunus-Kreis) aus ihrer Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit Gebühren in Höhe von 375,60 Euro im Jahr 2002 rechnerisch am höchsten belastet.

Für die Einwohner in den kreisfreien Städten kamen im Jahr 2002 die Leistungen der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Darmstadt (350,34 Euro) und in der Landeshauptstadt Wiesbaden (291,00 Euro) am teuersten, während sie in Frankfurt am Main (219,72 Euro) und Offenbach am Main (229,20 Euro) vergleichsweise günstig in Anspruch genommen werden konnten und man in Kassel (266,66 Euro) gut im Durchschnitt der kreisfreien Städte Hessens (271,38 Euro) lag.

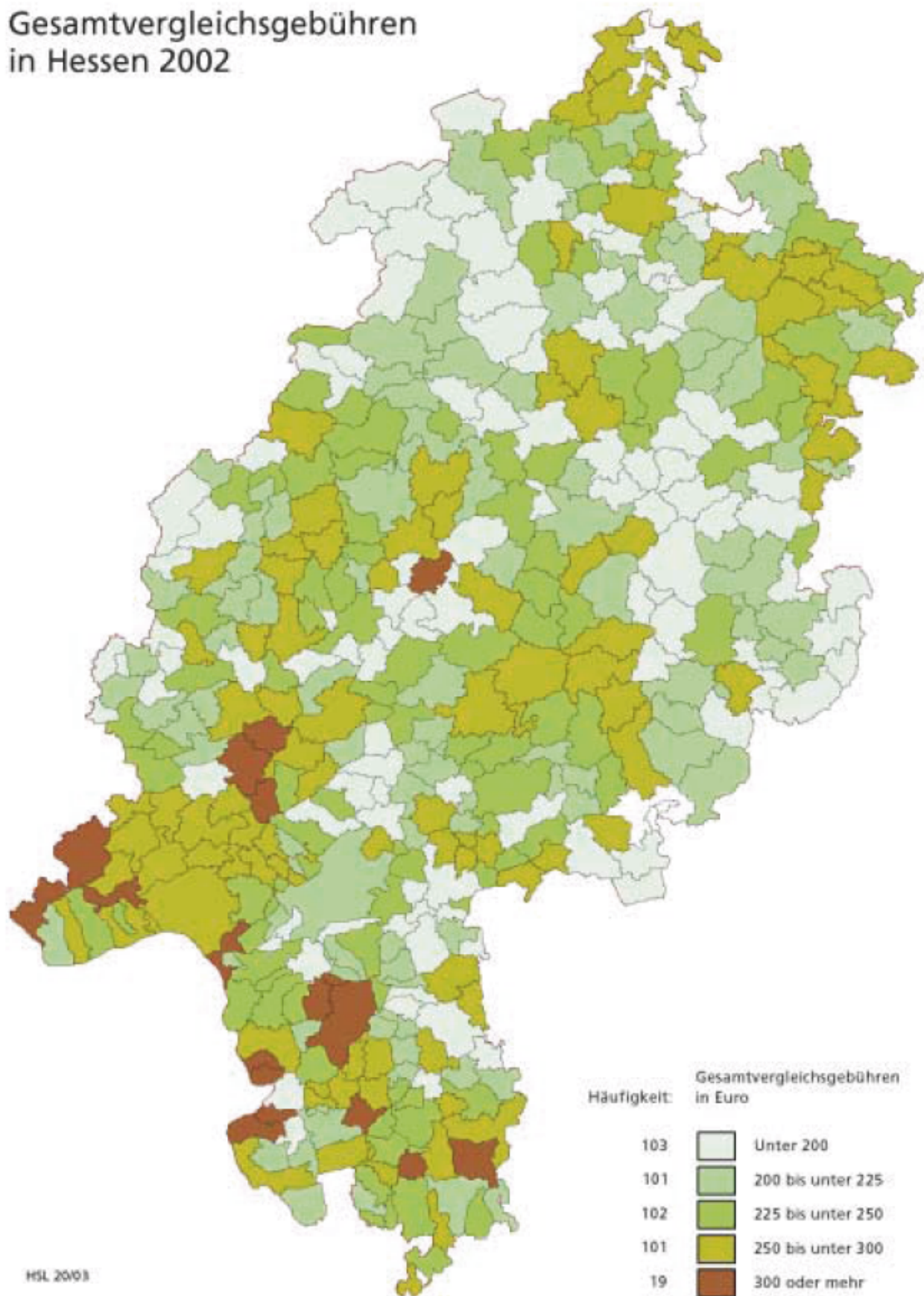
Die im Mittel der jeweiligen Einwohnergrößklassen der Gemeinden günstigsten Gebührenbelastungen waren in den Gemeinden mit mehr als 20 000 und bis unter 100 000 Einwohnern zu finden. Wie nach den vorausgegangenen Untersuchungsergebnissen nicht anders zu erwarten, sind allerdings, auf Grund der fehlenden direkten Abhängigkeit der Wasser- und Abwassergebühren von der Gemeindegröße, diese Durchschnittswerte keineswegs repräsentativ. So lag die Spannweite der Gebührenbelastungen aus der Inanspruchnahme der Leistungen der kommunalen Wasserwirtschaft bei den Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern jeweils zwischen rund 169 und 283 Euro, bei den Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern zwischen gut 161 Euro im Minimum und 327 Euro im Maximum. Ohne näheren Beleg kann hier, die Aussagen zu den

Gesamtvergleichsgebühren¹⁾ für die kommunale Wasserwirtschaft in Hessen 2002 nach Einwohnergrößklassen

Einwohnergrößklasse	Gemeinden	Gesamtvergleichsgebühren ¹⁾	Einwohner am 30.6.2001	Gemarkungsflächen km ²	Einwohnerdichte Einw. je km ²
		Euro			
Unter 1 000	1	207,36	737	29,98	25
1 000 bis unter 3 000	32	228,00	74 826	1 009,91	74
3 000 bis unter 5 000	71	225,91	274 339	2 928,19	94
5 000 bis unter 10 000	151	233,25	1 058 860	7 128,69	149
10 000 bis unter 20 000	114	228,34	1 576 988	6 051,25	261
20 000 bis unter 50 000	45	223,40	1 253 995	2 350,84	533
50 000 bis unter 100 000	7	225,36	466 618	562,17	830
100 000 bis unter 200 000	3	282,07	451 304	273,90	1 648
200 000 bis unter 500 000	1	291,00	270 423	203,90	1 326
500 000 oder mehr	1	219,72	644 083	248,31	2 594
Insgesamt	426	229,53	6 072 173	20 787,14	292

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

Gesamtvergleichsgebühren in Hessen 2002



**Frischwasser- und Abwassergebühren in Hessen 2002 sowie Gesamtvergleichsgebühren¹⁾
in ausgewählten Gemeinden 2001 und 2002 nach der Höhe der Gesamtvergleichsgebühren 2002**

Stadt (St.), Gemeinde	Frischwassergebühren		Gebühren für häusliches Abwasser		Gebühren für Niederschlags- wasser	Gesamtvergleichs- gebühren ¹⁾	
	Euro je m ³	Grundpreis	Euro je m ³	Grundpreis		2001	2002
					Euro je m ² 2)	Euro	
Niedrigste Vergleichsgebühren							
Bad Salzschlirf	1,15	—	1,50	—	—	123,94	127,20
Jossgrund	1,40	—	1,30	—	—	132,53	129,60
Fernwald	1,40	1,00	0,85	—	0,50	149,50	145,00
Kelsterbach, St.	1,17	—	1,40	—	0,56	152,06	151,36
Hosenfeld	1,07	—	2,10	—	—	158,30	152,16
Dieburg, St.	1,38	—	1,40	—	0,50	155,41	158,44
Edertal	1,24	0,51	1,94	—	—	149,22	158,76
Melsungen, St.	1,18	—	2,15	—	—	159,52	159,84
Lichtenfels, St.	1,30	—	2,05	—	—	143,57	160,80
Rodgau, St.	1,17	2,05	1,15	—	0,51	153,04	161,46
Höchste Vergleichsgebühren							
Stockstadt am Rhein	1,87	7,16	2,20	—	0,80	320,89	321,18
Biebesheim am Rhein	1,87	7,16	2,17	—	0,91	304,67	325,34
Weiterstadt, St.	1,86	7,16	2,50	—	0,64	339,73	327,20
Rabenau	2,21	—	4,73	—	—	333,28	333,12
Weilrod	2,60	—	4,40	—	—	304,32	336,00
Erzhausen	1,87	7,16	3,36	—	—	337,45	336,96
Ginsheim-Gustavsburg	1,99	9,95	1,91	—	0,74	336,27	343,60
Schmitten	2,40	1,00	4,60	—	—	322,73	348,00
Darmstadt, Wissenschaftsst.	1,87	7,16	2,92	—	0,69	350,16	350,34
Lorch, St.	3,27	2,06	4,04	—	—	375,62	375,60
Insgesamt (D)	1,70	1,65	2,65	1,64	0,54	224,37	229,53

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen. — 2) Je m² versiegelter oder künstlich befestigter Fläche.

Einzelergebnissen der Wasser- und Abwassergebühren bestätigend, angemerkt werden, dass sich über alle hessischen Gemeinden auch keine direkten Abhängigkeiten der Gesamtgebührenbelastung zu den Gemeindeflächen und der Siedlungsdichte feststellen lassen. Damit aber gewinnen Fragen nach den Unternehmens- und Marktstrukturen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und ihrer Auswirkung auf die Gebührenfestsetzung erheblich an Bedeutung.

5 Die Marktstrukturen der kommunalen Wasserwirtschaft

Schon bei der Konzeption der zweiten hessenweiten statistischen Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren erschienen die Beziehungen zwischen den „Wasser- und Abwasserpreisen“ und den Einrichtungen und Unternehmen, deren sich die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgabe der lokalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bedienen, als sehr interessant. Daher wurden bei der aktuellen Erhebung der Wassergebühren die Gemeinden erstmals auch nach ihren Frischwasserversorgern und Abwasserbeseitigern, sowie deren jeweiliger Rechtsform befragt. Leider erwies sich die Qualität des hierzu erhobenen Datenmaterials nicht als ausreichend, um valide, tiefere Einblicke in die ökonomischen Strukturen der hessischen Frischwasserver-

sorgung und der Abwasserbeseitigung zu gewinnen. Aber die Erhebungsergebnisse lassen doch immerhin die Grundstrukturen der kommunalen Wasserwirtschaft in Hessen erkennen.

Wasserversorgung und Abwasserentsorgung erfolgten in Hessen im Jahr 2002 in fast 170 Gemeinden durch getrennte Unternehmen. Weitere gut 170 Gemeinden gaben an, die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in eigener Regie durchzuführen. In rund 90 und damit gut einem Fünftel der Gemeinden lag danach die Wasserwirtschaft komplett in einer Hand, und zwar bei 73 ganz überwiegend in der von Gemeinde- bzw. Stadtwerken und bei wenigen Gemeinden in der Hand von privatrechtlichen Unternehmen.

Auf Grund der vorwiegenden und weitgehenden organisatorisch-technischen sowie wirtschaftlichen Separierung sind die Marktstrukturen der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch getrennt zu betrachten.

Marktstrukturen der Wasserversorgung

Die hessische Wasserversorgung war im Jahr 2002 durch die Existenz einer Vielzahl von Versorgungsunternehmen (374) geprägt, die in unterschiedliche Rechtsformen gekleidet waren. 189 der 426 hessischen Gemeinden (44 %) erfüllten ihre Aufgabe der kommunalen Wasserversorgung durch einen

Frischwassergebühren nach der Rechtsform¹⁾ der Wasserversorger in Hessen 2002

Rechtsform ¹⁾	Wasserversorger	Ange-schlossene Gemein-den	Frischwassergebühren			Grundgebühren für Frischwasser			Frischwasservergleichsgebühren ²⁾		
			D	niedrigster Wert	höchster Wert	D	niedrigster Wert	höchster Wert	D	niedrigster Wert	höchster Wert
			Euro je m ³						Euro		
Regiebetriebe	189	189	1,64	0,94	3,27	1,10	0,21	6,00	88,71	51,36	181,68
Eigenbetriebe	121	121	1,72	1,00	2,74	1,07	0,25	6,14	95,80	56,64	151,56
Zweckverbände	17	40	1,65	0,82	2,80	2,54	0,80	4,09	99,10	60,00	159,48
Gesellschaften mbH	36	55	1,88	1,25	2,86	2,35	0,65	5,35	111,53	74,88	170,28
Aktiengesellschaften	11	21	1,90	1,17	2,61	4,56	0,80	9,95	130,41	65,76	214,92
Insgesamt	374	426	1,70	0,82	3,27	1,65	0,21	9,95	96,72	51,36	214,92

1) Die Zuordnung erfolgte in der Regel jeweils nach dem von der Gemeinde erstgenannten Wasserversorger; insbesondere bei den Rechtsformen der Eigenbetriebe und der Gesellschaften mbH konnten Eigengesellschaften nicht immer eindeutig identifiziert werden. — 2) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen.

Regiebetrieb; dabei kooperierten 28 dieser 189 Gemeinden mit einem kommunalen Zweckverband und zwei Gemeinden mit privatrechtlichen Unternehmen, die sich mehrheitlich im öffentlichen Besitz befanden. 121 Gemeinden (28 %) hatten Eigenbetriebe — Stadt- bzw. Gemeindewerke öffentlich-rechtlicher Natur — für die Frischwasserversorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger eingerichtet. Des Weiteren oblag die kommunale Wasserversorgung in 21 Gemeinden 11 Aktiengesellschaften und in 55 Gemeinden 36 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Alle diese Unternehmen befanden sich ebenfalls mehrheitlich in öffentlichem Besitz. Die Tabelle gibt einen Einblick in die unterschiedlichen Gebührenstrukturen der Frischwasserversorger nach ihrer Rechtsform. Danach waren die anhand der Frischwasservergleichsgebühren berechneten, durchschnittlichen Gebührenbelastungen in jenen Gemeinden am niedrigsten, die ihre Wasserversorgung „im eigenen Hause“ — also verwaltungsnah über Regiebetriebe — erledigten. Die Kapitalgesellschaften rangierten demgegenüber mit ihren durchschnittlichen Gebührenrechnungen recht deutlich vor den öffentlich-rechtlichen Rechtsformen. Wie eingangs zu diesem Abschnitt bereits dargelegt, sind allerdings die von den Gemeinden zu der Frage der Wasserversorger und ihrer Rechtsform eingebrachten Angaben, trotz einer Überprüfung und Verbesserung anhand von im Hessischen Statistischen Landesamt vorliegendem sekundärstatistischem Material (Statistik der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 2001, Jahresabschlussstatistik der Öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen) nicht ausreichend valide, um mehr als nur Tendenzen festzustellen.

Bei 374 Wasserversorgern entfielen im Jahr 2002 rechnerisch gut 60 Einrichtungen auf jeweils 1 Mill. Hessen. Mit dieser Relation zeigt sich der Frischwassermarkt auf der Angebotssseite in Hessen weniger „atomisiert“ als im Durchschnitt der Republik. Hier existierten auf der Versorgungsseite nach

Angaben des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft im Jahr 2001 rund 6700 Wasserversorgungsunternehmen¹¹⁾. Auf 1 Mill. Einwohner entfielen in Deutschland damit 88 Wasserversorger, die sich ganz überwiegend im Eigentum der Kommunen befanden. Zum Vergleich: In den Niederlanden kamen lediglich 4,4, in England und Wales nur 0,7, in Italien 2,3 Wasserversorgungsunternehmen auf 1 Mill. Einwohner.

Marktstrukturen der Abwasserbeseitigung

Nicht alle Gemeinden haben die Einrichtungen, die in ihrem Gemeindegebiet an der Abwasserbeseitigung beteiligt waren, bei dieser statistischen Erhebung namentlich und vollständig angegeben. Daher sind insbesondere in der Aufbereitung des Datenmaterials nach den Rechtsformen Unschärfen enthalten. Die angegebenen Werte sollten somit nur als Größenordnungen verstanden und entsprechend vorsichtig interpretiert werden.

An der Erfüllung der Aufgabe der kommunalen Abwasserbeseitigung wirkten in Hessen im Jahr 2002 noch mehr Institutionen mit als bei der kommunalen Wasserversorgung: Knapp 500 Einrichtungen haben in Hessen im Jahr 2002 die kommunalen Abwässer beseitigt. Zahlenmäßig ragten hierbei die Regiebetriebe hervor. In rund 280 Gemeinden waren Regiebetriebe allein (145 Gemeinden) oder in Zusammenarbeit mit einem Zweckverband oder mehreren Zweckverbänden (130 Gemeinden) mit der Aufgabe der Abwasserbeseitigung betraut. Einzelfälle stellten Kooperationen von Regie- und Eigenbetrieben mit benachbarten Gemeinden und privaten Unternehmen zum Zwecke der Abwasserbeseitigung dar. In 28 Gemeinden entsorgten nur Zweckverbände, in 6 Gemeinden nur privatrechtliche Unternehmen (1 Aktiengesellschaft, 5 Gesellschaften mbH) die Schmutz- und Niederschlagswässer. Insgesamt zeigt sich der Markt der kommunalen Abwasserbeseitigung somit einerseits vielfältiger und „bunter“, andererseits weniger konzentriert als der Frischwassermarkt. Auf dem Felde der Abwasserbeseitigung kommt der interkommunalen Zusammenarbeit eine sichtlich größere Bedeutung zu. Mit fast 200 Zweckverbänden wurde

11) Bundesministerium für Wirtschaft; Optionen, Chancen und Rahmenbedingungen einer Marktoöffnung für eine nachhaltige Wasserversorgung; Forschungsvorhaben 11/00 — Endbericht; Juli 2001, S. 11.

**Abwassergebühren und Abwasservergleichsgebühren¹⁾ in Hessen 2002
nach den Rechtsformen der Abwasserentsorgung**

Rechtsform ²⁾	Abwasser- entsorger	Ange- schlossene Gemeinden	Gebühren für häusliches Abwasser (D)	Grundgebühren für Abwasser		Niederschlags- wassergebühren		Abwasser- vergleichs- gebühren (D)
			Euro je m ³	Ge- meinden	Euro je m ³ (D)	Ge- meinden	Euro je m ² 2)	Euro je m ³
Eigenbetriebe	114	114	—	4	—	39	—	—
davon								
nur Eigenbetriebe	79	79	2,45	3	0,71	27	0,56	127,50
Eigenbetriebe und Zweck- verbände ³⁾⁴⁾	35	35	2,52	1	2,56	12	0,51	130,77
Regiebetriebe	278	278	—	12	—	27	—	—
davon								
nur Regiebetriebe	145	145	2,69	6	2,10	16	0,44	132,64
Regiebetriebe und Zweck- verbände ⁴⁾	133	133	2,77	6	1,50	11	0,60	136,31
Zweckverbände ⁴⁾	96	28	2,46	—	—	8	0,66	127,61
Gesellschaften mbH und Aktiengesellschaften	6	6	2,76	—	—	1	0,69	138,07
Insgesamt	494	426	2,65	16	1,64	75	0,54	132,71

1) Nähere Erläuterungen zur Definition und Berechnung sind der Übersicht auf Seite 62 zu entnehmen. — 2) Die Zuordnung nach den Rechtsformen wurde wo immer möglich nach dem von der Gemeinde erstgenannten Abwasserentsorger vorgenommen. — 3) In einer Gemeinde erfolgt die Abwasserbeseitigung in Kooperation eines Eigenbetriebs mit einer Gesellschaft mbH. — 4) Namentlich waren 96 Zweckverbände eindeutig identifizierbar; bei einigen Gemeinden erfolgte die Abwasserbeseitigung über mehrere Zweckverbände.

zur Abwasserbeseitigung gut zehnmal häufiger als bei der Wasserversorgung diese spezielle Rechtsform der gemeindlichen Zusammenarbeit gewählt. Allerdings hatten nur 28 Gemeinden die Abwasserbeseitigung ausschließlich an Zweckverbände übertragen; bei der Wasserversorgung war dies immerhin in 40 Gemeinden der Fall. Die Rechtsform des Eigenbetriebs kam dagegen für die Abwasserentsorgung (114) fast ebenso häufig zum Zuge wie für die Wasserversorgung (121), wobei hier jedoch 35 Gemeinden ihre Abwässer in Zusammenarbeit mit kommunalen Zweckverbänden beseitigten.

Die örtlichen Gegebenheiten, die topografischen Bedingungen, die Einwohnerzahl, die flächenmäßige Ausdehnung gehören zu den grundlegenden Kostenfaktoren der Abwasserbeseitigung. Die hohen Anforderungen, denen heute die Abwasserbeseitigung, von der Kanalisation bis zur Wasserreinigung in den Kläranlagen, in baulich-technischer, mechanischer, biologischer und chemischer Hinsicht, genügen muss, um den durch die Gesetzgebung festgelegten Wasserbeseitigungs- und Umweltstandards nachzukommen, schlagen sich über entsprechende Investitions-, Unterhaltungs- und laufende Sach- und Personalkosten in den Gebührenkalkulationen aller Einrichtungen der Abwasserbeseitigung nieder. Daher zeigen die durchschnittlichen Abwasservergleichsgebühren — für 48 m³ Schmutzwasser und gegebenenfalls Niederschlagswasser für 50 m² versiegelter oder künstlich befestigter Fläche — eine ausgesprochen enge Variationsbreite über die wirtschaftliche Organisationsform der Abwasserbeseitiger. Der landesdurchschnittlichen Abwasservergleichsgebühr von rund 134 Euro liegt eine Streuung

von lediglich 7 Euro über die Rechtsformen zu Grunde, bei im Minimum etwa 127 Euro der Eigenbetriebe und Zweckverbände und maximal 138 Euro der Kapitalgesellschaften. Besonders augenfällig wird dies in der direkten Gegenüberstellung der Abwasservergleichsgebühren und der Frischwasservergleichsgebühren.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die zweite, hessenweite Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren erzielte auf der Basis eines gegenüber 1997 verbesserten Erhebungskonzepts ein qualitativ hochwertiges, valides Datenmaterial über die Wasser- und Abwassergebühren in den hessischen Gemeinden in den Jahren 2001 und 2002. Allein der Response auf die neu aufgenommenen Fragen zu den Unternehmen der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung und ihrer Rechtsformen erwies sich insgesamt als nicht hinreichend, um hierzu ein stark belastbares statistischen Datenmaterial aufzubereiten.

Neben dem hohen Informationswert, der den Individualdaten für alle hessischen Gemeinden, die insbesondere eine aktuelle Evaluation der Position der einzelnen Gemeinden im landesweiten Ranking der Gebühren der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung erlauben, per se zukommt, lassen sich aus den Erhebungsergebnissen interessante Einblicke in die regionalen Gebührenstrukturen gewinnen. Es werden regional erhebliche Belastungsunterschiede für die Abnahme von Frischwasser ebenso wie für die Inanspruchnahme der kommunalen Abwasserbeseitigung deutlich. Im Durchschnitt musste ein hessischer Bürger im Jahr 2002 für den Be-

zug einer statistischen Vergleichsmenge von 48 m³ Wasser 97 Euro, für die Beseitigung einer entsprechenden Abwassermenge 133 Euro aufbringen. Beim Wasserbezug reichte dabei die Spannbreite der „Wasserpreise“ von 51 bis zu 215 Euro, bei der Abwasserentsorgung von 62 bis zu 227 Euro. In der aktuellen Gebührenbelastung lassen sich sowohl auf der Versorgungs- als auch auf der Entsorgungseite dabei keine trivialen Erklärungszusammenhänge, etwa über die an der Einwohnerzahl gemessene Größe der Gemeinden, für die Gebührenhöhe erkennen. Entsprechende Tabellierungen der Gebühren nach den Einwohnergrößenklassen der Gemeinden erweisen sich insoweit als Artefakte. Vielmehr zeigt das vollständige Datenmaterial, dass in der Erfüllung der kommunalen Aufgaben der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung die Gemeinden, respektive die von ihnen beauftragten Einrichtungen, den lokalen Gegebenheiten und den betriebswirtschaftlichen Grundsätzen Rechnung tragen müssen. Dabei ist mit Blick auf die Deregulierungsdiskussionen, in die die kommunale Wasserwirtschaft durch die Rahmenvorgaben des Rates der Europäischen Union nun vollends mit einbezogen ist, bemerkenswert, dass nach dem aktuellen Datenmaterial über die Wasser- und Abwassergebühren der hessischen Gemeinden tendenziell eher die der Administration stärker verbundenen, verwaltungsnäheren Einrichtungen den Bürgern mit niedrigeren Gebühren dienen können.

Die nun — nach 1997 — zweite Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren bei den hessischen Gemeinden konnte die diesbezügliche Informationslücke, zumindest in den vordergründigen Feldern der kommunalen Gebührensätze,

nochmals schließen. Eine kontinuierliche Erhebung der Wasser- und Abwassergebühren und gesicherter Daten zur Darstellung der Marktstrukturen der hessischen Wasserwirtschaft wird aber absehbar zukünftig nur möglich sein, wenn diese statistischen Arbeiten nutzerseitig finanziert werden. Vonseiten der Gemeinden — durch die unbürokratische Bereitstellung der gewünschten Informationen dokumentiert — und des Hessischen Statistischen Landesamtes wurde und wird die Beseitigung bestehender Informationsdefizite gerne angegangen. Wünschenswert und erforderlich wäre nun eine nachhaltige Unterstützung, insbesondere durch die Einrichtungen und Verbände der Wasser- und Abwasserwirtschaft, um in der Zukunft Informationslücken nicht wieder entstehen zu lassen und Wirtschaft, Politik, Wirtschaft und Bürgern gleichmäßig gesicherte Daten über die kommunalen Wasser- und Abwassermärkte und ihre Preisbildung zur Verfügung stellen zu können. □

Was das Hessische Statistische Landesamt publiziert

In der Neuauflage 2003 des „Verzeichnisses der Veröffentlichungen“ sind die allgemeinen zusammenfassenden Veröffentlichungen, die fachstatistischen Veröffentlichungen, Verzeichnisse und sonstigen Publikationen aufgeführt. Das Verzeichnis enthält neben den Preisen auch Hinweise auf die Periodizität, die Publikationsform (gedruckt oder elektronisch) und die regionale Gliederung des veröffentlichten Datenmaterials. Über die laufenden Publikationen hinaus dokumentiert es auch vergriffene Materialien, die aber in Bibliotheken oder beim Hessischen Statistischen Landesamt vorliegen und eingesehen werden können. So bietet das „Verzeichnis der Veröffentlichungen“ des HSL allen Benutzern und Interessenten der Ergebnisse der amtlichen Statistik einen Gesamtüberblick über das Veröffentlichungsprogramm. Das Verzeichnis wird kostenlos durch das Hessische Statistische Landesamt, Vertriebsstelle, 65175 Wiesbaden, abgegeben.

Weiterer Service: Das Veröffentlichungsverzeichnis kann außerdem — in ständig aktualisierter Form — im Internet (www.hsl.de) abgerufen werden.

W-108

Text zu Schaubild auf Seite 57

Im Jahr 2002 verunglückten 2600 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis unter 15 Jahren im Straßenverkehr. 11 von ihnen starben, 503 wurden schwer- und 2086 eher leicht verletzt.

Datenbedarf der Wissenschaft

Ein Bericht des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter über die erste Nutzerbefragung

Um den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik zu erleichtern, empfiehlt die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (KVI) die Einrichtung von Forschungsdatenzentren (siehe Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik 2001). Entsprechend dieser Empfehlung richten die statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt zurzeit jeweils ein Forschungsdatenzentrum ein. Um bei der Entwicklung des Dienstleistungsangebotes den konkreten Datenbedarf der Wissenschaft berücksichtigen zu können, hat das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter in Abstimmung mit dem Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes im Sommer 2002 die „Umfrage zum Datenbedarf der Wissenschaft“ durchgeführt. Sie bezieht sich auf den gesamten Bestand an Mikrodaten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der zum allergrößten Teil in den statistischen Landesämtern liegt.

Ziel der Umfrage war es, die potenziellen Nutzerinnen und Nutzer der Mikrodaten der amtlichen Statistik anzusprechen und ihren konkreten Datenbedarf zu ermitteln. Weiterhin konnten sich die Befragten zu unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten, den von ihnen eingesetzten Analyseprogrammen und ihrem Interesse an geplanten Veranstaltungen der beiden Forschungsdatenzentren äußern. Die Angaben werden im Folgenden ausgewertet und sollen bei der zukünftigen Entwicklung des Dienstleistungsangebotes der Forschungsdatenzentren berücksichtigt werden. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden für die Umfrage auf mehreren Wegen angesprochen: Zum einen wurde die Adressdatei „Vademecum“ genutzt, die freiwillige Angaben der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu ihren Forschungsschwerpunkten und ihren Adressen enthält. Da diese Adressdatei nicht in erster Linie Personen, sondern Institutionen enthält, wurden zum anderen die größeren wissenschaftlichen Fachgesellschaften¹⁾ mit der Bitte angeschrieben, ihre Mitglieder über die Umfrage zu informieren. Weiterhin wurde die Umfrage von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Schneeballverfahren an interessierte

Kollegen weitergeleitet²⁾. Auf diese Art und Weise konnte eine große Anzahl an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erreicht werden³⁾.

Insgesamt wurden 695 gültige Angaben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern erfasst. Von diesen haben 584 angegeben, dass sie Mikrodaten für ihre wissenschaftliche Tätigkeit nutzen oder benötigen. Dieser Personenkreis bildet somit den potenziellen Nutzerkreis der Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes. Die übrigen 111 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gaben an, dass sie zurzeit keine Mikrodaten für ihre wissenschaftliche Tätigkeit benötigen. Doch auch bei diesem Personenkreis ist das Interesse an der Umfrage sowie an den Aktivitäten der Forschungsdatenzentren sehr hoch. So möchte etwa die Hälfte dieses Personenkreises über die Umfrage und die weiteren Aktivitäten der Forschungsdatenzentren informiert werden.

Forschungsgebiete und Datenbedarf

In der amtlichen Statistik werden verschiedene Erhebungen in unterschiedlichen periodischen Abständen durchgeführt. Diese einzelnen Statistiken können aus Kapazitätsgründen nicht alle sofort für Analysezwecke bereitgestellt werden. Daher wurden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die einen Bedarf an Mikrodaten geäußert haben, nach ihren Forschungsschwerpunkten und ihrem konkreten Datenbedarf gefragt. Die Forschungsschwerpunkte der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich an der Umfrage beteiligt haben, liegen im Bereich der Sozialforschung (33,6 %), gefolgt von den Bereichen „Wirtschaftsforschung“ (28,9 %) und „Mathematisch-statistische Forschung“ (12,6 %). Die restlichen 24,8 % der Nennungen entfallen auf die sonstigen Forschungsschwerpunkte, wobei hier die medizinische Forschung einen Anteil von 8,5 % aufweist. Bei den Sonstigen konnten weiterhin folgende Forschungsschwerpunkte abge-

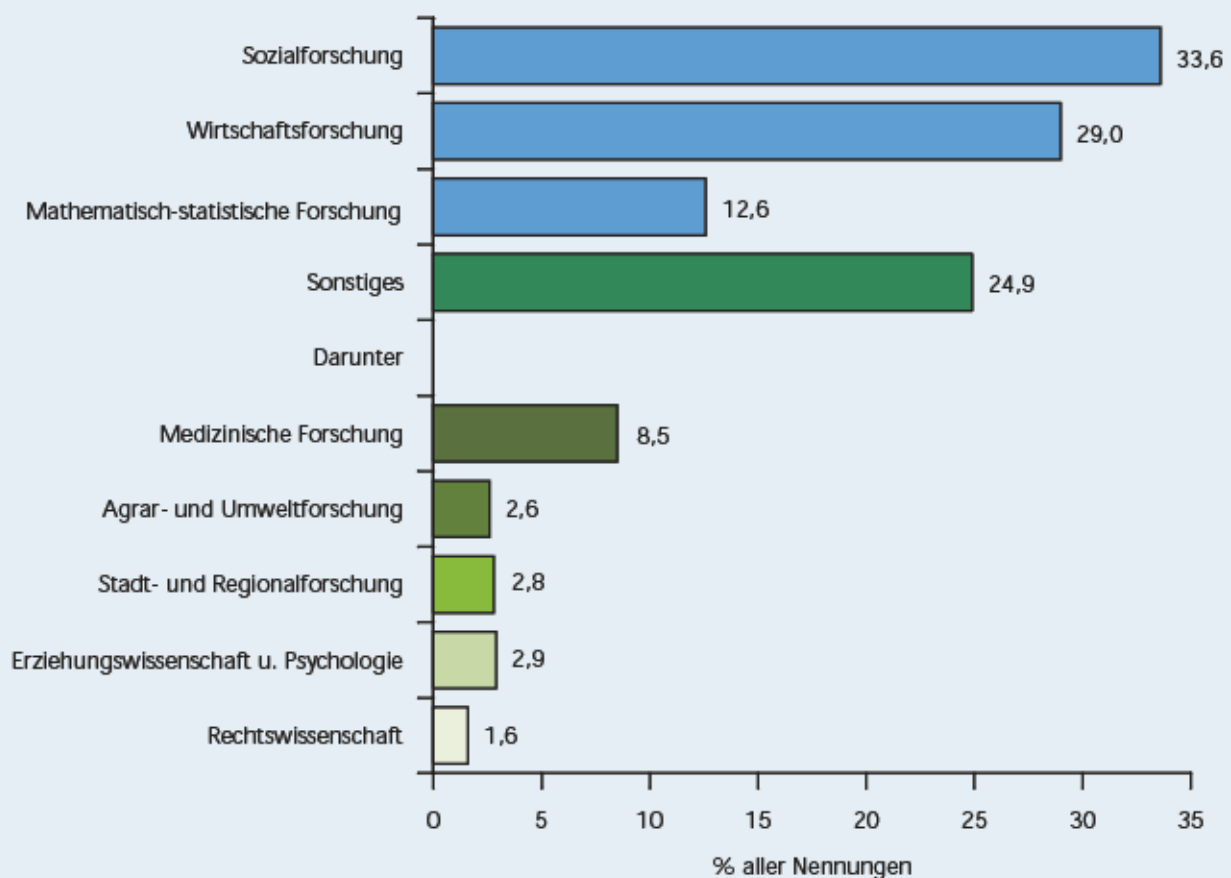
*) Dr. Sylvia Zühlke und Uwe Hetke sind in der Geschäftsstelle des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter tätig. Der vorliegende Beitrag ist als Band 6 der Reihe „Statistische Analysen und Studien“ des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen erschienen und wird mit dessen freundlicher Genehmigung im Original-Wortlaut abgedruckt.

1) Angesprochen wurden die folgenden Fachgesellschaften: Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Epidemiologie, Deutsche Mathematikervereinigung, Deutsche Mathematikervereinigung Fachgruppe Stochastik, Gesellschaft für Angewandte Mathematik und Mechanik (GAMM), Gesellschaft für Klassifikation e. V. (GfKl), Deutsche Gesellschaft für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie (GMDS) e. V., Internationale Biometrische Gesellschaft Deutsche Region (IBS-DR), Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Verband Deutscher Stadtstatistiker (VDSt), Verein für Sozialpolitik, Deutsche Gesellschaft für Demographie (DGD) e. V., Deutscher Verband für Angewandte Geographie (DVAG) e. V., Akademie für Raumforschung und Landesplanung — ARL, Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), Deutsche Statistische Gesellschaft (DStatG).

2) Da dieses Verfahren Doppelerfassungen nicht ausschließt, wurden die Daten des endgültigen Bestandes über die Adressangaben auf Doppelerfassungen überprüft.

3) Auf Grund des genannten Auswahlverfahrens kann jedoch keine Rücklaufquote ermittelt werden.

Forschungsschwerpunkte der Befragten



HSL 06/03

grenzt werden: Erziehungswissenschaft und Psychologie (2,9 %), Stadt- und Regionalforschung (2,8 %), Agrar- und Umweltforschung (2,6 %) und Rechtswissenschaften (1,6 %).

Um ihren konkreten Datenbedarf anzugeben, hatten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Möglichkeit, aus 60 Statistiken bis zu fünf Statistiken auszuwählen. Diese Anzahl wurde von einigen Befragten als zu gering erachtet, sodass in einigen Fällen mehr als fünf Statistiken angegeben wurden⁴⁾. Insgesamt wurden 4106 Angaben gemacht, sodass im Durchschnitt etwa sieben Statistiken von den Befragten ausgewählt wurden.

Betrachtet man zunächst nicht die einzelnen Statistiken, sondern größere Statistikbereiche, so zeigt sich, dass der Schwerpunkt des Datenbedarfs insbesondere im Bereich „Bevölkerung“ (23,7 %) liegt. An zweiter und dritter Stelle befinden sich die Bereiche „Bildung“ und „Dienstleistungen“, die jedoch mit 12,5 % bzw. 9,9 % deutlich weniger Nennungen aufweisen. Der Schwerpunkt des Datenbedarfs liegt somit eher im Bereich der Sozialstatistiken als im Bereich der Wirtschaftsstatistiken. Dies wird auch deutlich, wenn

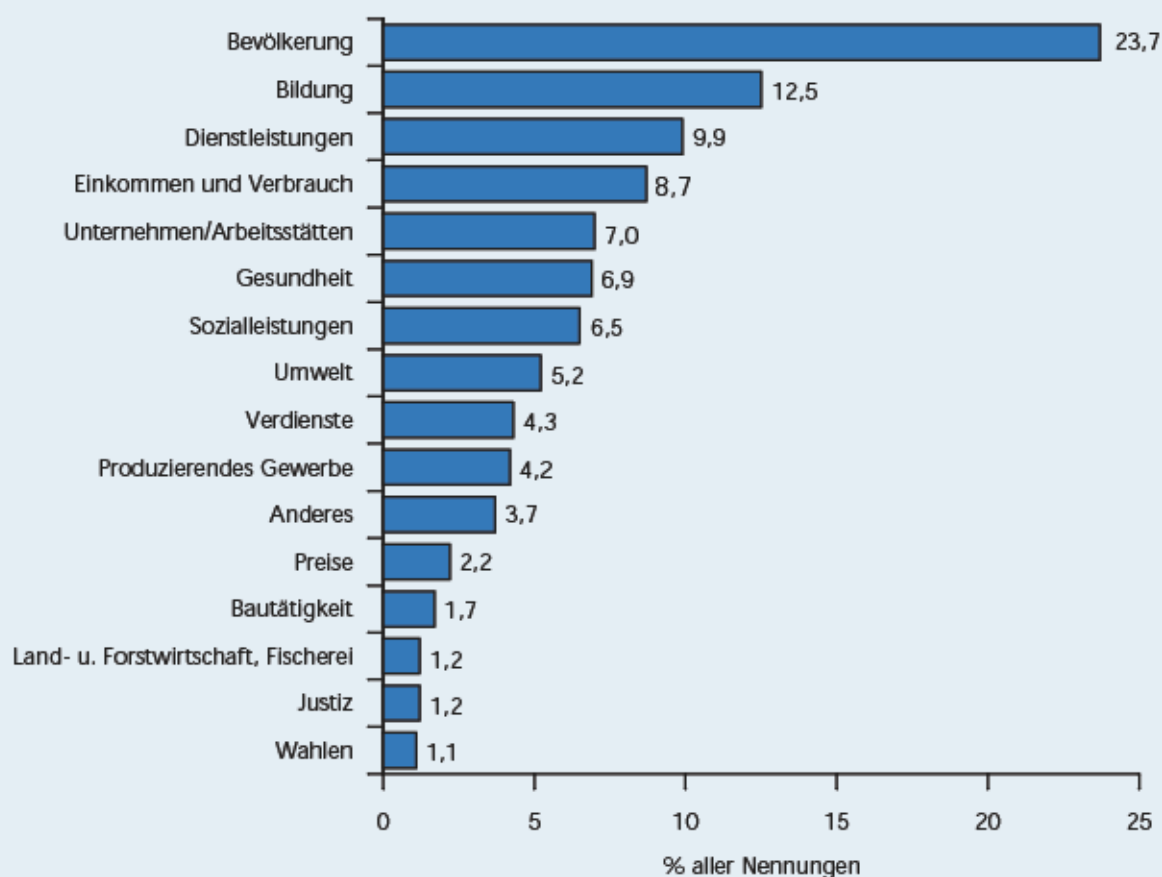
man die weitere Rangfolge betrachtet: So entfallen auf den Bereich „Einkommen und Verbrauch“ 8,7 % aller Nennungen, gefolgt von den Bereichen „Unternehmen und Arbeitsstätten“ (7,0 %), „Gesundheit“ (6,9 %), „Sozialleistungen“ (6,5 %) und „Umwelt“ (5,2 %).

Wechselt man auf die Ebene der Einzelstatistiken, so ist zu erkennen, dass der Datenbedarf der Wissenschaft sehr stark streut. Zwar ist ein Schwerpunkt bei den Haushaltsstichproben, insbesondere beim Mikrozensus zu erkennen. Sieht man jedoch von dieser Schwerpunktsetzung ab, werden sehr viele unterschiedliche Statistiken genannt. Betrachtet man die zehn am häufigsten genannten Statistiken, so ergibt sich die Rangfolge: Mikrozensus (7,5 %), Volkszählung (4,6 %), Europäisches Haushaltspanel (4,4 %), Löhne und Gehälter, Arbeitskosten (4,3 %), Einkommens- und Verbrauchsstichproben (4,2 %), Hochschulen (3,5 %), Natürliche Bevölkerungsbewegungen (3,0 %), Dienstleistungsstatistiken (2,9 %), Wanderungen (2,8 %) und Berufsbildung (2,6 %).

Bei der Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebotes der Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes wird der dargestellte Datenbedarf berücksichtigt. In diesem Zusammenhang ist zu

⁴⁾ Bei der Auswahl von mehr als fünf Statistiken wurden alle Angaben in die Auswertung einbezogen.

Datenbedarf nach Statistikbereichen



HSL 07/03

erwähnen, dass für einzelne Bereiche, wie beispielsweise den Haushaltsstichproben, bereits faktisch anonymisierte Datensätze angeboten werden. Da dieses Angebot möglicherweise nicht allen interessierten Nutzerinnen und Nutzern bekannt ist, werden das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter und das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes im Rahmen von Nutzerkonferenzen und E-Mail-Aktionen zukünftig systematisch über dieses Datenangebot informieren.

Bei der Weiterentwicklung des Datenangebotes sollen zudem die Empfehlungen berücksichtigt werden, die der Gründungsausschuss des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten für den Aufbau des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter ausgesprochen hat. Diese Empfehlungen decken sich in weiten Teilen mit den 15 am häufigsten genannten Statistiken. Nach den Empfehlungen des Gründungsausschusses sollen für folgende Statistiken im Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter prioritär Daten bereitgestellt werden:

- Statistiken des Verarbeitenden Gewerbes (Produktionsstatistik, jährliche Unternehmenserhebung) sowie des Baugewerbes,

- monatliche Statistiken des Einzelhandels und des Gastgewerbes, jährliche Dienstleistungstatistik, sowie monatliche Tourismusstatistik,
- Mikrozensus als Regional- und Paneldatensatz,
- kurzfristige Konjunkturstatistiken im Produzierenden Gewerbe Deutschlands,
- Diagnose- und Todesursachenstatistik.

Datenschutz und Möglichkeiten der Datennutzung

Die amtliche Statistik ist nach § 16 des Bundesstatistikgesetzes verpflichtet, Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die von den Befragten für eine Bundesstatistik gemacht werden, geheim zu halten. Die gleiche Regelung ist in den vorhandenen Landesstatistikgesetzen enthalten. Sie dient dem Ziel,

- den Einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse zu schützen,
- das Vertrauensverhältnis zwischen den Befragten und den statistischen Ämtern zu erhalten

und

Statistiken nach Anzahl der Nennungen (Rang 1 bis 40)

Rang	Statistik	Antwort	
		Anzahl	%
	Antworten i n s g e s a m t	4106	100
1	Mikrozensus	310	7,5
2	Volkszählungen	187	4,6
3	Europäisches Haushaltspanel	181	4,4
4	Löhne und Gehälter, Arbeitskosten	175	4,3
5	Einkommens- und Verbrauchsstichproben	173	4,2
6	Hochschulen (Studenten, Personal, Habilitationen)	143	3,5
7	Natürliche Bevölkerungsbewegungen	124	3,0
8	Dienstleistungstatistik	121	2,9
9	Wanderungen	113	2,8
10	Berufsbildung	108	2,6
11	Allgemein bildende und berufliche Schulen	107	2,6
12	Zeitbudgeterhebung	105	2,6
13	Todesursachen	104	2,5
14	Krankenhäuser (Grunddaten, Kosten, Diagnosen)	97	2,4
15	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	95	2,3
16	Sozialhilfe	91	2,2
17	Preise	89	2,2
18	Unternehmensregister	87	2,1
19	Laufende Wirtschaftsrechnungen	79	1,9
20	Ausgaben und Einnahmen für Wissenschaft und Forschung	75	1,8
21	Steuern (Einkommen-, Körperschaft-, Umsatz-, Gewerbesteuer)	74	1,8
22	Kostenstrukturen	67	1,6
23	Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Straßenverkehrsunfälle	62	1,5
24	Insolvenzen, Jahresabschlüsse	61	1,5
25	Einbürgerungen	58	1,4
26	Personal im öffentlichen Dienst	58	1,4
27	Arbeitsstätten	57	1,4
28	Kinder- und Jugendhilfe	56	1,4
29	Rehabilitationsmaßnahmen	56	1,4
30	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	51	1,2
31	Luftverunreinigungen	51	1,2
32	Umweltschutzausgaben und -produkte	50	1,2
33	Europäische Erhebung über betriebliche Weiterbildung	49	1,2
34	Pflege (Heime, Dienste, Pflegegeldempfänger)	47	1,1
35	Repräsentative Wahlstatistik	46	1,1
36	Energie- und Wasserversorgung	46	1,1
37	Einzelhandel	46	1,1
38	Außenhandel	46	1,1
39	Gebäude- und Wohnungsbestand	44	1,1
40	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	38	0,9

— die Zuverlässigkeit der Angaben und die Berichtswilligkeit der Befragten zu gewährleisten.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Statistikgeheimnis im Volkszählungsurteil eine herausragende Bedeutung beigemessen. Es betrachtet das Statistikgeheimnis als konstitutiv nicht nur für die Funktionsfähigkeit der Bundesstatistik, sondern auch im Hinblick auf den Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

Besondere Bedingungen gelten für die Weitergabe von faktisch anonymisierten Einzelangaben, die durch § 16 Abs. 6 des Bundesstatistikgesetzes ermöglicht wird. Danach dürfen Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn die Einzelangaben nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft zugeordnet werden können und die Emp-

fänger zur statistischen Geheimhaltung verpflichtet sind bzw. werden.

Die Konkretisierung der Wendung „unverhältnismäßig großer Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft“ wurde im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojektes der Wissenschaft und der amtlichen Statistik vorgenommen (siehe Müller/Bilen/Knoche/Wirth u. a. 1991). Im Rahmen dieses Projektes wurden anhand des Mikrozensus Reidentifikationsrisiken sowie Methoden der faktischen Anonymisierung untersucht und hieraus Empfehlungen für die Erstellung faktisch anonymisierter Datensätze abgeleitet. Diese Empfehlungen wurden von der amtlichen Statistik auf mehrere haushalts- und personenbezogene Datensätze angewendet (Mikrozensus, Europäisches Haushaltspanel, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und Sozialhilfestatistik).

Faktisch anonymisierte Datensätze haben für die Nutzer den Vorteil, dass sie flexibel am eigenen Arbeitsplatz ohne Ge-

heimhaltungsprüfung durch ein statistisches Amt ausgewertet werden können. Daher ist die amtliche Statistik bestrebt, das Angebot an faktisch anonymisierten Datensätzen auszuweiten. Einer flächendeckenden Bereitstellung solcher Datensätze stehen jedoch ökonomische sowie fachliche Gründe entgegen:

- Der Datenbedarf der Wissenschaft ist sehr vielfältig, sodass der potenzielle Nutzerkreis bei einzelnen Erhebungen relativ klein ist. Da die Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen in der Regel hohe Kosten verursacht, ist für die einzelnen Erhebungen jeweils abzuwägen, welche Form der Datenbereitstellung unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten die günstigste ist.
- Bei der Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen wird in der Regel die Regionalkennung weggelassen, da diese ein hohes Reidentifikationsrisiko birgt⁵⁾. Auch müssen Merkmale mit sehr vielen Ausprägungen in der Regel zusammengefasst werden. Daher können Analysen, die auf eine starke regionale oder fachliche Differenzierung abstellen, häufig nicht auf der Basis von faktisch anonymisierten Datensätzen durchgeführt werden.
- Für bestimmte Arten von Erhebungen ist die Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen auf Grund fehlender Anonymisierungsverfahren zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Dies betrifft insbesondere Betriebs- und Unternehmensdaten, aber auch Paneldaten. In einigen Ländern, wie zum Beispiel Kanada, werden daher grundsätzlich keine Datensätze der Wirtschaftsstatistiken erstellt, die nach außen gegeben werden (siehe Tambay/Goldmann/White 2001). In Deutschland wird die Anonymisierung von wirtschaftsstatistischen Mikrodaten zurzeit im Rahmen eines gemeinsamen Projektes der amtlichen Statistik und der Wissenschaft untersucht (siehe Sturm 2002).
- Schließlich ist zu berücksichtigen, dass durch die Weitergabe von faktisch anonymisierten Datensätzen die Reidentifikationsrisiken steigen, da bei den einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Regel verschiedene Datensätze parallel gehalten werden. Dieses Problem hat vor 15 Jahren, als das oben genannte Projekt zur Bestimmung von Reidentifikationsrisiken durchgeführt wurde, in der Weise noch nicht existiert und sollte daher untersucht werden.

Aus den genannten Gründen werden die beiden Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes neben der Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen folgende Möglichkeiten für die Datennutzung anbieten:

- In den statistischen Ämtern werden voraussichtlich bis Mitte 2004 Arbeitsplätze für Gastwissenschaftler eingerichtet, die zwei Formen des Datenzugangs ermöglichen: Zum einen können im Rahmen von Forschungsprojekten, die in

Kooperation zwischen amtlicher Statistik und externen Fachleuten durchgeführt werden, nicht oder nur formal anonymisierte Mikrodaten in den jeweils zuständigen Forschungsdatenzentren genutzt werden. Zum anderen können externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für eigene Forschungsprojekte in den jeweiligen Forschungsdatenzentren spezielle faktisch anonymisierte Datensätze für die On-Site-Nutzung bereitgestellt werden, die zwar anonymisiert sind, jedoch wesentlich mehr Informationen enthalten als die zuvor beschriebenen faktisch anonymisierten Datensätze. Bei beiden Varianten ist zu prüfen, ob die statistische Geheimhaltung eingehalten wird.

- Die statistischen Ämter werden voraussichtlich ab Mitte 2005 die Möglichkeit der kontrollierten Datenfernverarbeitung anbieten, bei der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Analyseprogramme an ihrem Arbeitsplatz schreiben und diese dann an ein statistisches Amt schicken, in dem dann die Programme nach Syntaxprüfung ausgeführt werden. Nachdem die Analyseergebnisse daraufhin untersucht wurden, ob die statistische Geheimhaltung eingehalten wird, werden sie an den jeweiligen Nutzer übermittelt.

Präferenzen für unterschiedliche Nutzungswege

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden im Rahmen der Befragung aufgefordert, die genannten Nutzungsmöglichkeiten in eine Rangfolge von 1 (höchste Präferenz) bis 4 (niedrigste Präferenz) zu bringen. Um die Präferenzen für die einzelnen Nutzungswege zu analysieren, wird für die einzelnen Nutzungswege die Verteilung der Präferenzen betrachtet. Dabei fällt auf, dass die Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen von den meisten Befragten am stärksten präferiert wird: 69,9 % der Befragten haben für diese Nutzungsart die höchste Präferenz vergeben. Demgegenüber waren dies bei der kontrollierten Datenfernverarbeitung nur 20,6 %, bei der Durchführung eigener Forschungsprojekte in einem statistischen Amt 14,1 % und bei der Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte mit einem statistischen Amt 3,2 %. Betrachtet man die Anteile der zweithöchsten Präferenz, so ist hier das Ergebnis

Präferenzen für die einzelnen Nutzungswege

Ausprägung	Eigene Forschungsprojekte		Gemeinsame Forschungsprojekte		Anonymisierte Datensätze		Kontrollierte Datenfernverarbeitung	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Präferenz 1 (höchste)	62	14,1	14	3,2	337	69,9	94	20,6
Präferenz 2	140	31,8	61	14,1	86	17,8	169	37,1
Präferenz 3	163	37	155	35,8	31	6,4	76	16,7
Präferenz 4 (niedrig)	75	17	203	46,9	28	5,8	117	25,7
Insgesamt	440	100	433	100	482	100	456	100

5) Für eine zusammenfassende Übersicht über Anonymisierungsmethoden siehe Kohler 1999.

nicht eindeutig: Während 37,1 % der Befragten die kontrollierte Datenfernverarbeitung gewählt haben, ist der Anteil mit 31,8 % bei der Durchführung eigener Forschungsprojekte in einem statistischen Amt fast genauso hoch. Bei der Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen und der Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte mit einem statistischen Amt wurde die zweite Präferenz mit 17,8 % und 14,1 % deutlich seltener genannt.

Betrachtet man die Anteile für die dritthöchste Präferenz, so ist dieser bei der Durchführung eines eigenen Forschungsprojektes in einem statistischen Amt (37,0 %) und der Durchführung gemeinsamer Forschungsprojekte in einem statistischen Amt (35,8 %) am höchsten. Bei der kontrollierten Datenfernverarbeitung beträgt dieser Anteil lediglich 16,7 % und bei der Nutzung von faktisch oder total anonymisierten Datensätzen 6,4 %. Bei der niedrigsten Präferenz sind die Ergebnisse hingegen wieder eindeutig: Dieser Anteil ist bei der Durchführung von gemeinsamen Forschungsprojekten in einem statistischen Amt mit 46,9 % am höchsten, gefolgt von der kontrollierten Datenfernverarbeitung (25,7 %), der Durchführung eines eigenen Forschungsprojektes in einem statistischen Amt (17,0 %) und der Nutzung von faktisch oder total anonymisierten Datensätzen (5,8 %).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Befragten der Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen die höchste Präferenz und der Durchführung von gemeinsamen Forschungsprojekten mit einem statistischen Amt die niedrigste Präferenz zuordnen. Die Durchführung eigener Forschungsprojekte und die kontrollierte Datenfernverarbeitung nehmen eine Mittelposition ein und lassen sich nicht in eine eindeutige Rangfolge bringen. Die ausgeprägte Präferenz für die Nutzung von faktisch und total anonymisierten Datensätzen war zu erwarten, da dies die einzige Nutzungsart ist, bei der die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an ihrem eigenen Arbeitsplatz direkt mit den Mikrodaten der amtlichen Statistik arbeiten können. Diese Nutzungsart kommt jedoch — wie oben ausgeführt wurde — nicht für alle Erhebungen in Frage.

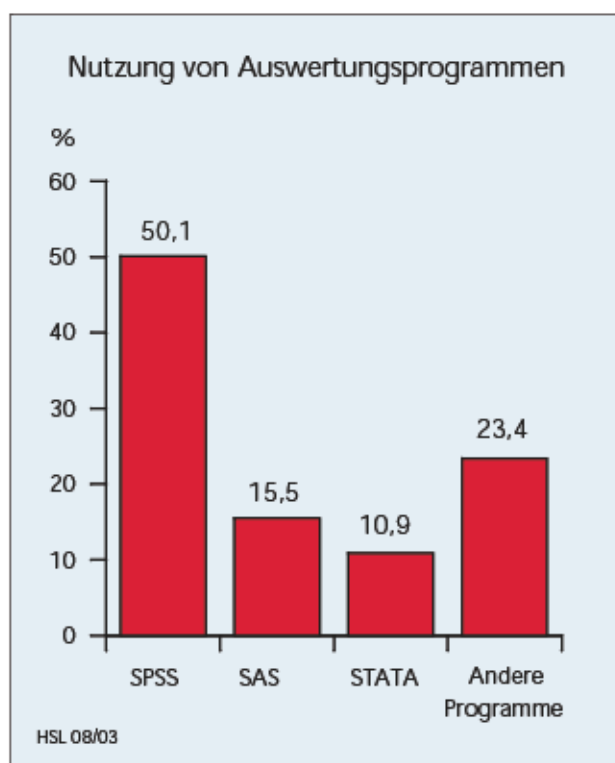
Betrachtet man die Ergebnisse zum Datenbedarf und zu den einzelnen Nutzungswegen, ist ein Zielkonflikt zwischen der Präferenz für anonymisierte Datensätze einerseits und der breiten Streuung des Datenbedarf andererseits zu erkennen. Auf welche Art und Weise dieser Zielkonflikt gelöst werden kann, soll unter anderem im Rahmen des von den statistischen Ämtern geplanten Nutzerworkshops thematisiert werden. Eine mögliche Alternative zur Nutzung von faktisch und total anonymisierten Daten bietet die kontrollierte Datenfernverarbeitung sowie die Einrichtung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen. Ein Vorteil dieser beiden Nutzungswege besteht darin, dass ein fachlich breit gestreutes Datenangebot aufgebaut werden kann, das gleichzeitig fachlich und regional differenzierte Analysen erlaubt. Aus diesem Grund werden das Forschungsdatenzentrum der statisti-

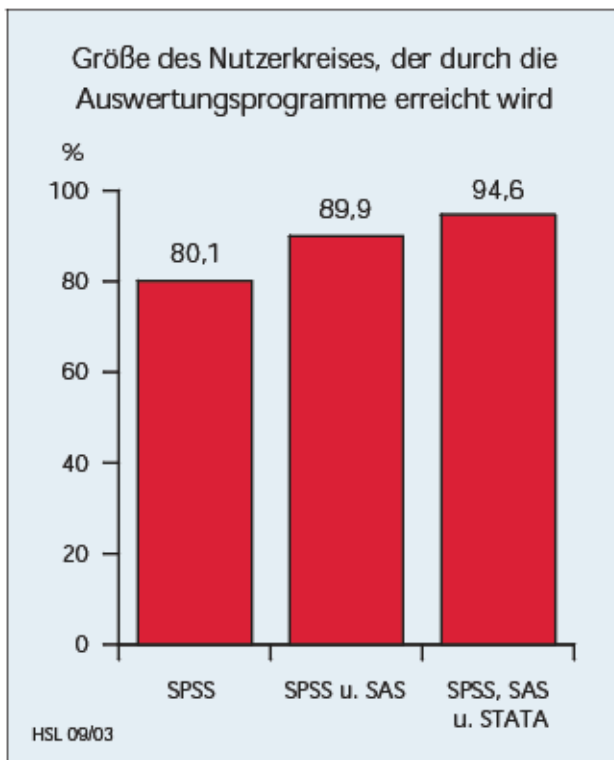
schen Landesämter und das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes neben der Erstellung von faktisch und total anonymisierten Daten die kontrollierte Datenfernverarbeitung aufbauen und Gastwissenschaftlerarbeitsplätze an allen regionalen Standorten einrichten.

Analyse- und Auswertungsprogramme

In den statistischen Ämtern werden die Mikrodaten vorrangig mit Verbundprogrammen ausgewertet, die in der Regel auf SPLV bzw. STATSPEZ basieren. Die in der Wissenschaft verbreitete Analysesoftware wird bislang nur in einigen statistischen Ämtern eingesetzt. Daher muss für die Forschungsdatenzentren zum einen neue Software für die Gastwissenschaftlerarbeitsplätze und die kontrollierte Datenfernverarbeitung beschafft werden und zum anderen ist das Personal entsprechend zu schulen. Um festzulegen, welche Analysesoftware für die Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes prioritär angeschafft werden sollte, wurden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gefragt, welche Auswertungsprogramme sie nutzen. Bei dieser Frage entfiel über die Hälfte der Nennungen auf SPSS, während die anderen Programme eine deutlich geringere Bedeutung haben. So weisen SAS 15,5 % und STATA 10,9 % auf. Auf andere Programme entfallen 23,4 % aller Nennungen. Am häufigsten sind hier GAUSS, EViews, S-PLUS, ACCESS und TDA vertreten.

Bezüglich der Anwendung von Auswertungsprogrammen ist auch eine Auswertung auf der Befragtenebene von Interesse, da diese Aufschluss darüber gibt, wie groß der Perso-





nenkreis ist, dessen Bedarf mit einem bestimmten Auswertungsprogramm gedeckt werden könnte. Diese Auswertung weist darauf hin, dass 80,1 % aller Befragten unter anderem SPSS für Auswertungszwecke nutzen. Dies bedeutet, dass durch die Anschaffung von SPSS einem sehr großen Teil der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer die Auswertung der Mikrodaten der amtlichen Statistik an den Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen oder über die kontrollierte Datenfernverarbeitung ermöglicht werden würde. Dieser Anteil kann durch die Anschaffung von SAS um 9,8 Prozentpunkte auf 89,9 % und durch die Anschaffung von STATA um weitere 4,7 Prozentpunkte auf 94,6 % erhöht werden. Dies bedeutet, dass durch die Anschaffung der genannten Standardsoftware fast alle potenziellen Nutzerinnen und Nutzer die Mikrodaten der amtlichen Statistik mit Hilfe ihrer gewohnten Auswertungsprogramme analysieren können. Gleichzeitig macht die Auswertung jedoch auch deutlich, dass die Anschaffung von SPSS die erste Priorität haben sollte, da mit diesem Programm die Mehrheit der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer arbeitet.

Workshop

Die Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes planen, einen Workshop mit dem Ziel durchzuführen, über die Ergebnisse dieser Umfrage zu informieren und mit Vertretern der Wissenschaft zu diskutieren über

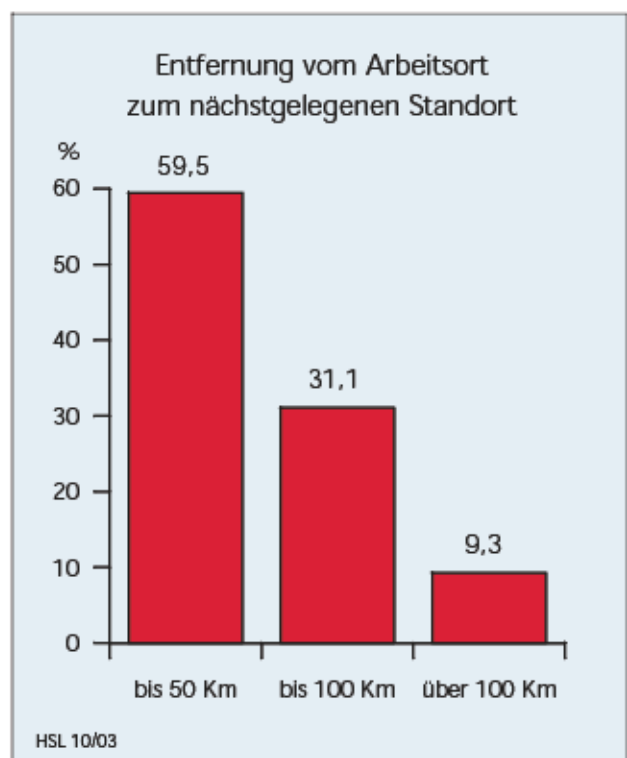
- Aspekte der Ausgestaltung der Forschungsdatenzentren,
- unterschiedliche Datenbedarfe und Möglichkeiten ihrer Befriedigung,

- Formen der Kooperation mit der Wissenschaft,
- technische und organisatorische Anforderungen der Wissenschaft,
- Organisation der Kontakte mit der Wissenschaft.

Im Rahmen der Umfrage wurden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daher gefragt, wie hoch ihr Interesse an der Teilnahme an diesem Workshop sei. Es zeigte sich, dass das Interesse der Wissenschaft an diesem Informations- und Kommunikationsangebot sehr hoch ist: Über die Hälfte aller Befragten gaben hier an, dass Sie an einer Teilnahme interessiert seien. Absolut betrachtet entspricht dies einem potenziellen Teilnehmerkreis von 318 Personen.

Regionale Erreichbarkeit

Wie bereits in Abschnitt 3 erwähnt wurde, können nicht alle Mikrodaten ohne weiteres als faktisch anonymisierte Datensätze für die Wissenschaft zugänglich gemacht werden. Aus diesem Grunde richtet das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes an seinem Standort und das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter an allen 16 regionalen Standorten Gastwissenschaftlerarbeitsplätze ein. Ziel dieser Maßnahme ist es, den Zugang der Wissenschaft zu den nicht oder nur formal anonymisierten Mikrodaten durch die breite regionale Streuung der Gastwissenschaftlerarbeitsplätze zu erleichtern. Für die Nutzer ist hierbei u. a. von entscheidender Bedeutung, wie leicht die regionalen Standorte erreicht werden können, d. h. wie weit der nächstgelegene regionale Standorte vom Arbeitsort des Nutzers entfernt ist.



Betrachtet man die Entfernung vom Arbeitsort der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zum nächstgelegenen Standort der Forschungsdatenzentren, so haben knapp 59,5 % der möglichen Nutzer eine Distanz von bis zu 50 km zurückzulegen. Für 31,1 % der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler käme eine Strecke von 50 km bis 100 km in Betracht und auf 9,1 % der Nutzer entfällt eine Strecke, die über 100 km liegt. Dies bedeutet, dass nur ein sehr geringer Anteil der Nutzer eine relativ weite Strecke zurücklegen müsste, um einen regionalen Standort zu erreichen. Da an den regionalen Standorten sowohl die Mikrodaten aller statistischen Landesämter als auch die Mikrodaten des Statistischen Bundesamtes genutzt werden können, wird durch die Einrichtung von Gastwissenschaftlerarbeitsplätzen an allen regionalen Standorten der Zugang zu den Mikrodaten in entscheidender Weise erleichtert.

Aktuelles Mikrodatenangebot der amtlichen Statistik und zukünftige Entwicklungen

Das Angebot der amtlichen Statistik an Mikrodaten für wissenschaftliche Zwecke besteht zur Zeit insbesondere aus faktisch anonymisierten Datensätzen der Haushaltsstichproben. Jedoch werden momentan auch Forschungsprojekte zur Erstellung weiterer faktisch anonymisierter Datensätze, wie zum Beispiel der Lohn- und Einkommensteuerstatistik oder der wirtschaftsstatistischen Mikrodaten, durchgeführt. Folgende Datenbestände stehen bereits heute als faktisch anonymisierte Datensätze bzw. als total anonymisierte Datensätze zur Verfügung:

- Mikrozensus unterschiedlicher Jahrgänge,
- Einkommens- und Verbrauchsstichprobe unterschiedlicher Jahrgänge,
- Zeitbudgeterhebung 1991 (faktisch anonymisierter Datensatz und total anonymisierter Datensatz),
- Sozialhilfestatistik 1998,
- Europäisches Haushaltspanel 1994 bis 1996.

Darüber hinaus werden zur Zeit gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder folgende Projekte zur Erstellung von faktisch anonymisierten Datensätzen durchgeführt oder befinden sich in Planung:

- Projekt „Faktische Anonymisierung von Einzeldaten über Unternehmen und Betriebe“: Im Rahmen dieses vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes werden gemeinsam von der amtlichen Statistik und der Wissenschaft Anonymisierungsmethoden für wirtschaftsstatistische Mikrodaten untersucht. Ziel des Projektes ist es, faktisch anonymisierte Datensätze ver-

schiedener wirtschaftsstatistischer Erhebungen anbieten zu können⁶⁾.

- „Regionalfile des Mikrozensus“: Im faktisch anonymisierten Datensatz des Mikrozensus ist aus Datenschutzgründen die Regionalkennung unterhalb der Ebene der Bundesländer nicht enthalten. Um auch Regionalanalysen unterhalb der Länderebene zu ermöglichen, wird zur Zeit gemeinsam von der amtlichen Statistik und der Wissenschaft ein Anonymisierungskonzept entwickelt, in dem fachliche Merkmale, insbesondere die Angaben zur beruflichen Tätigkeit, in Abhängigkeit von ihrer regionalen Verteilung zusammengefasst werden.
- Projekt „Aufbereitung und Bereitstellung des Mikrozensus als Panelstichprobe“: Ziel dieses Projektes ist es, den Mikrozensus als Längsschnittdatensatz aufzubereiten und ein geeignetes Hochrechnungs- und Gewichtungsverfahren zu entwickeln. Das wesentliche Problem, das hierbei gelöst werden muss, besteht darin, dass fortgezogene Haushalte und Personen im Mikrozensus nicht wiederbefragt werden⁷⁾. Sofern die methodischen Probleme gelöst werden können, soll der Längsschnittdatensatz faktisch anonymisiert und für wissenschaftliche Analysezwecke bereitgestellt werden. Es ist geplant, die methodischen Probleme im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojektes der amtlichen Statistik und der Wissenschaft zu bearbeiten.
- Weiterhin werden zurzeit Projekte zur „Faktischen Anonymisierung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998“ sowie zur „Faktischen Anonymisierung der Straßenverkehrsunfallstatistik“ durchgeführt.

Wie bereits erwähnt, eignen sich nicht alle Daten für eine faktische oder totale Anonymisierung. Daher werden in allen statistischen Landesämtern und im Statistischen Bundesamt Gastwissenschaftlerarbeitsplätze eingerichtet sowie die Infrastruktur für eine kontrollierte Datenfernverarbeitung aufgebaut⁸⁾. Beide Maßnahmen zielen darauf, nicht oder nur geringfügig anonymisierte Mikrodaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Analysezwecke zugänglich zu machen. Hierbei werden das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes und das Forschungsdatenzentrum der statistischen Landesämter eng kooperieren, sodass sich die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nur an eine Stelle wenden müssen, um die Mikrodaten der amtlichen Statistik von allen regionalen Standorten gleichermaßen nutzen zu können.

Die genannten Aufgaben der Forschungsdatenzentren der statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes gehen über die genuinen Aufgaben der amtlichen Statistik hinaus. Da die statistischen Ämter der Bereitstellung von Mikrodaten für wissenschaftliche Analysezwecke eine hohe Bedeutung zumessen, haben sie Förderanträge gestellt, um die genannten Aufgaben wahrnehmen zu können. Daneben werden die statistischen Ämter diejenigen Mittel, die sie

6) Für weitere Informationen über das Projekt siehe Sturm 2002.

7) Für weitere Informationen zu den Längsschnittdaten des Mikrozensus siehe Heidenreich 2002, Zühlke 2001 sowie Zühlke und Hetke 2002.

8) Im Statistischen Bundesamt kann die Lohn- und Einkommensteuerstatistik bereits auf der Basis der kontrollierten Datenfernverarbeitung genutzt werden.

heute schon für die Bereitstellung von Informationen für die Wissenschaft aufwenden, bündeln und für die Aufgaben der Forschungsdatenzentren bereitstellen. Der Aufbau der Forschungsdatenzentren wird jedoch in entscheidender Weise davon abhängen, in welchem Umfang die Wahrnehmung der genannten Aufgaben durch Mittel aus der Wissenschaftsförderung gefördert werden kann.

Literatur

Heidenreich, Hans-Joachim (2002): Längsschnittdaten aus dem Mikrozensus: Basis für neue Analysemöglichkeiten. In: Allgemeines Statistisches Archiv 2, 213—231.

Köhler, Sabine (1999): Anonymisierung von Mikrodaten in der Bundesrepublik und ihre Nutzung — Ein Überblick. In: Forum der Bundesstatistik, Bd. 31/1999, Statistisches Bundesamt, 133—144.

Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (2001): Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Frankfurt am Main.

Müller, Walter/Blien, Uwe/Knoche, Peter/Wirth, Heike u. a. (1991): Die faktische Anonymität von Mikrodaten. Band 19 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Sturm, Roland (2002): Wirtschaftsstatistische Einzeldaten für die Wissenschaft. In: Wirtschaft und Statistik 2, 101—109.

Tambay, Jean-Louis/Goldmann, Gustave/White, Pamela (2001): Providing Greater Access to Survey Data for Analysis at Statistics Canada. Proceedings of the Annual Meeting of the American Statistical Association, August 5—9, 2001.

Zühlke, Sylvia (2001): Längsschnittanalysen auf der Basis des Mikrozensus: Methodische Probleme und Lösungsansätze. In: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen 4, 3—13.

Zühlke, Sylvia/Hetke, Uwe (2002): Regionale Mobilität und Arbeitsmarktprozesse: Eine Analyse auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels. Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen 2. □

Ansprechpartner des Forschungsdatenzentrums des Statistischen Bundesamtes und des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter

Forschungsdatenzentrum/ regionaler Standort	Ansprechpartner			
	Name	Telefon	Fax	E-Mail
Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes				
Statistisches Bundesamt	Markus Zwick	0611 75 4220	0611 75 3950	markus.zwick@destatis.de
Regionale Standorte des Forschungsdatenzentrums der statistischen Landesämter				
Baden-Württemberg	Dr. Helmut Büringer	0711 641-2418	0711 641-2440	helmut.bueringer@stala.bwl.de
Baden-Württemberg	Ivar Cornelius	0711 641-2570	0711 6412440	ivar.cornelius@stala.bwl.de
Bayern	Dr. Willibald Lausberger	089 2119-601	089 2119-1601	willibald.lausberger@lftad.bayern.de
Berlin	Prof. Dr. Ulrike Rockmann	030 9021-3502	030 5158-8326	u.rockmann@statistik-berlin.de
Brandenburg	Christiane Siegmund	0331 39431	0331 39487	christiane.siegmund@lds.brandenburg.de
Bremen	Jürgen Wayand	0421 361-2370	0421 496-2370	juergen.wayand@statistik.bremen.de
Hamburg	Sven Wohlfahrt	040 42831-1784	040 427964-032	sven.wohlfahrt@statistik.hamburg.de
Hessen	Dr. Frank Padberg	0611 3802-822	0611 3802-890	fpadberg@hsl.de
Hessen	Günter Grün	0611 3802-810	0611 3802-890	ggruen@hsl.de
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Margit Herrmann	0385 4801-686	0385 4801-123	m.herrmann@statistik-mv.de
Niedersachsen	Rainer Geumann	0511 9898-1612	0511 9898-4111	rainer.geumann@nls.niedersachsen.de
Nordrhein-Westfalen	Helmut Eppmann	0211 9449-2637	0211 9449-2302	helmut.eppmann@lds.nrw.de
Nordrhein-Westfalen	Dr. Sylvia Zühlke	0211 9449-2547	0211 9449-2302	sylvia.zuehlke@lds.nrw.de
Rheinland-Pfalz	Hans Libowitzky	02603 71-280	02603 71-247	hans.libowitzky@statistik.rlp.de
Saarland	Barbara Barth	0681 501-2804	0681 501-2970	dv@stala.saarland.de
Sachsen	Manfred Jakoby	03578 33-1910	03578 33-1999	manfred.jakoby@statistik.sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Christoph Schäfer	0345 2318-252	0345 2318-923	schaefer@stala.mi.lsa-net.de
Schleswig-Holstein	Bernd Struck	0431 6895286	0431 6895498	bernd.struck@statistik-sh.de
Thüringen	Ronald Münzberg	0361 3784-111	0361 3784-697	rmuenzberg@tfs.thueringen.de

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzel- handel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftrags-eingangs ²⁾ 1995 = 100			Beschäft- igte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2000 = 100	Beschäft- igte	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2000 = 100	Ver- braucher- preis- Index ⁷⁾ 2000 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹¹⁾
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	100	35 786	100	100	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	100,2	87,9	122,9	444 158	83,9	30 621	97,9	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2001 Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	75,2	32 049	119,4	102,4	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	78,4	32 669	110,6	101,8
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	57,5	31 114	91,6	102,6	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 085	63,1	30 689	86,0	103,0	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	102,0	30 701	99,8	103,1	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	74,2	30 835	92,5	102,9
April	103,4	91,3	125,8	444 914	95,3	31 075	101,5	103,0	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	82,6	30 914	96,3	103,0	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	113,0	30 422	91,4	102,9	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,8	444 107	96,9	30 804	96,4	103,0
Juli	106,9	94,7	129,2	445 106	84,5	30 118	93,9	103,3	214 374	7,8	30 243	7 987
August	96,4	87,2	113,4	445 420	89,2	30 567	94,8	103,1	210 290	7,6	28 660	8 876
September	101,8	88,0	127,4	444 496	83,7	30 649	94,8	103,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3 Vj. D	101,7	90,0	123,3	445 007	85,8	30 445	94,5	103,1
Oktober	105,8	93,9	127,6	441 499	84,1	30 719	103,8	102,9	208 750	7,6	25 519	10 585
November	103,5	90,0	128,4	439 559	74,9	30 631	106,5	102,6	213 579	7,8	24 780	11 434
Dezember	90,4	79,6	110,2	437 287	76,4	29 858	114,9	103,6	222 481	8,1	23 211	11 128
4. Vj. D	99,9	87,8	122,1	439 448	78,5	30 403	108,4	103,0
2003 Januar	49,1	28 613	91,7	103,5	244 216	8,9	25 664	14 415
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾												
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	X	- 5,5	X	X	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	1,7	- 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	- 2,6	- 5,7	1,8	- 3,1	- 12,3	- 7,8	- 2,5	1,3	6,5	.	- 16,8	95,6
2001 Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	.	1,4	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj.	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	.	1,4
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,4	2,0	5,6	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 2,1	1,8	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 3,6	2,0	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj.	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 3,3	1,9
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	3,4	1,5	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,5	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 1,3	- 4,0	2,4	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,3	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj.	2,1	- 3,6	10,1	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 2,5	1,2
Juli	4,2	2,8	5,9	- 3,3	3,3	- 9,5	- 0,3	1,1	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 3,7	- 7,6	2,6	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 4,3	1,1	7,4	.	- 24,0	81,4
September	1,1	- 3,8	8,2	- 3,5	- 34,9	- 8,8	- 1,5	1,0	7,0	.	- 25,5	60,8
3. Vj.	0,6	- 2,9	5,7	- 3,4	- 24,0	- 9,3	- 2,1	1,0
Oktober	3,1	0,1	7,4	- 3,6	11,6	- 7,9	1,0	1,3	6,7	.	- 21,2	41,9
November	- 0,2	- 4,9	6,6	- 3,6	- 11,5	- 6,1	- 2,8	1,1	7,7	.	- 17,4	14,2
Dezember	- 7,6	- 7,0	- 8,4	- 3,5	1,6	- 6,8	- 3,8	1,2	7,4	.	- 21,8	- 41,8
4. Vj.	- 1,5	- 3,8	1,9	- 3,6	0,0	- 6,9	- 2,0	1,2
2003 Januar	- 14,7	- 8,0	0,1	0,9	9,2	.	- 21,0	- 32,9
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2001 Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	8,9	0,9	4,5	.	- 1,1	90,8
4. Vj.	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	14,6	- 0,3
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 23,3	0,2	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	- 6,1	0,4	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,8	0,0	16,0	0,1	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj.	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 16,4	1,1
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	1,2	1,7	- 0,1	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 5,1	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,7	1,4	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 5,1	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj.	6,7	3,2	11,4	- 0,9	30,5	- 0,1	4,2	0,1
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	- 25,2	- 1,0	2,7	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,8	- 7,9	- 12,2	0,1	5,5	1,5	1,0	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	5,6	0,9	12,3	- 0,2	- 6,2	0,3	0,0	- 0,1	- 1,3	.	- 5,7	5,8
3. Vj.	- 1,2	2,0	- 5,0	0,2	- 11,5	- 1,2	- 2,0	0,1
Oktober	3,9	6,7	0,2	- 0,7	0,5	0,2	9,5	- 0,1	0,6	.	- 5,6	12,7
November	- 2,2	- 4,2	0,6	- 0,4	- 10,9	- 0,3	2,6	- 0,3	2,3	.	- 2,9	8,0
Dezember	- 12,7	- 11,6	- 14,2	- 0,5	2,0	- 2,5	7,9	1,0	4,2	.	- 6,3	- 2,7
4 Vj.	- 1,8	- 2,4	- 1,0	- 1,2	- 8,5	- 0,1	14,7	- 0,1
2003 Januar	- 35,7	- 4,2	- 20,2	- 0,1	9,8	.	10,6	29,5

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2000		2001	2001			2002			
		Durchschnitt			Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
BEVÖLKERUNG											
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 066,1 ¹⁾	6077,8 ¹⁾	6 073,7	6 073,8	6 075,6	6 083,6	6 086,0	6 088,9	6 090,5	
Natürliche Bevölkerungsbewegung:											
* Eheschließungen	Anzahl	2 718	2 486	2 826	4 396	2 697	3 261	2 855	4 467	2 711	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	5,5	8,5	5,4	6,5	5,5	8,6	5,4	
* Lebendgeborene	"	4 901	4 686	5 006	5 287	4 483	4 558	5 285	4 922	4 689	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,7	9,3	9,7	10,2	9,0	9,1	10,2	9,5	9,4	
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	5 029	4 948	5 140	4 997	4 362	4 698	4 937	4 742	4 683	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	10,0	9,7	8,7	9,4	9,6	9,2	9,4	
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	21	19	17	18	24	23	24	15	21	
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,4	4,2	3,4	3,4	5,4	5,0	4,5	3,0	4,5	
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 127	- 262	- 134	290	121	- 140	348	180	6,0	
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,3	- 0,5	- 0,3	0,6	0,2	- 0,3	0,7	0,3	0,0	
Wanderungen:											
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	17 793	17 860	15 067	12 696	16 902	16 631	15 846	
darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	7 429	7 765	6 759	5 841	7 209	6 855	7 229	
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	16 096	18 095	13 371	11 459	14 829	13 941	14 281	
darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	7 657	9 610	5 249	4 857	6 130	5 445	6 139	
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	1 697	- 235	1 696	1 237	2 073	2 690	1 565	
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 349	17 943	20 110	19 970	16 727	16 172	21 129	20 251	18 281	
		2001	2002	2001	2002			2003			
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
ARBEITSMARKT ³⁾											
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	200 533	213 583	207 134	223 585	222 906	213 579	222 481	244 216	249 718	
* und zwar Frauen	"	89 647	91 432	90 177	94 258	93 246	91 551	93 344	100 232	101 297	
Männer	"	110 886	122 151	116 957	129 327	129 660	122 028	129 137	143 984	148 421	
Ausländer	"	42 684	45 295	45 495	47 946	47 809	45 539	46 985	50 479	51 566	
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 023	25 479	23 170	26 328	27 056	24 084	24 863	28 671	30 906	
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,4	7,8	7,6	8,2	8,1	7,8	8,1	8,9	9,1	
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,1	7,1	7,4	7,3	7,1	7,2	7,7	7,8	
Männer	"	7,6	8,4	8,0	8,9	8,9	8,3	8,8	9,9	10,2	
Ausländer	"	14,2	15,2	15,4	16,2	16,2	15,2	15,7	16,8	17,2	
Jüngere unter 25 Jahren	"	6,5	7,0	6,6	7,5	7,7	6,8	6,8	7,8	8,4	
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	7 822	15 297	19 108	21 481	25 716	11 434	11 128	14 415	15 268	
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 692	31 376	29 674	32 491	36 988	24 780	23 211	25 664	28 884	
		2000	2001	2000			2001			2002	
		30.6.		März	Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	
ERWERBSTÄTIGKEIT ⁵⁽⁶⁾											
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 174,7	2 203,3	2 169,4	2 216,7	2 213,1	2 207,3	2 240,4	2 223,5	2 203,5	
* und zwar Frauen	"	934,5	952,2	938,1	954,1	955,8	957,0	970,2	968,0	964,9	
Ausländer	"	223,3	228,5	220,9	231,0	230,4	229,3	231,9	228,9	227,3	
* Teilzeitbeschäftigte	"	321,7	337,9	318,7	325,6	331,0	334,5	341,8	345,2	348,2	
darunter Frauen	"	274,5	284,9	273,0	277,1	279,8	282,4	287,8	289,7	292,3	
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾											
davon											
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,9	13,8	13,3	14,1	12,5	12,8	14,1	12,5	13,1	
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,8	3,5	3,6	3,8	3,4	3,6	
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	548,9	545,8	548,9	555,0	552,5	549,9	551,2	545,8	537,7	
darunter Frauen	"	139,9	140,0	140,4	141,9	141,0	141,0	140,8	138,9	137,4	
* Baugewerbe	"	125,2	120,4	123,6	127,9	122,4	117,9	123,5	116,8	112,0	
darunter Frauen	"	15,2	14,7	15,4	15,4	15,1	14,9	14,9	14,7	14,4	
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	554,2	562,5	551,5	566,0	567,3	562,7	571,7	566,6	560,4	
darunter Frauen	"	244,2	248,4	244,0	249,1	250,0	248,5	252,9	251,2	249,1	
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	442,0	465,5	435,7	454,0	456,6	464,6	475,3	473,4	472,5	
darunter Frauen	"	201,9	211,9	200,2	207,8	208,7	212,2	216,9	216,2	216,1	
* Öffentliche und private Dienstleister	"	489,8	494,2	495,6	498,7	500,6	498,4	504,4	507,9	507,4	
darunter Frauen	"	329,3	333,2	334,1	335,7	337,0	336,4	340,7	343,3	344,1	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.2000: November 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	6 299	6 516	10 732	6 972	7 376	8 690	9 530	6 396	6 646
Kälber	"	224	277	341	397	314	286	326	350	109
Schweine	"	95 275	85 364	105 941	94 819	92 249	90 227	88 299	83 957	80 674
darunter hausgeschlachtet	"	7 524	5 883	14 083	10 150	9 444	6 469	11 247	8 159	8 465
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	10 351	9 835	11 942	10 354	10 210	10 766	10 297	9 548	9 065
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 679	1 791	2 521	1 735	1 921	2 325	2 395	1 750	1 796
* Kälbern	"	20	22	32	36	28	29	25	29	9
* Schweinen	"	8 103	7 438	8 609	7 908	7 818	7 841	7 263	7 121	6 837
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"
* Erzeugte Konsumier ⁴⁾	1000 St.	31 198	29 579	33 578	34 327	34 434	29 716	25 933	26 261	26 536
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	87 754	84 208	83 110	89 607	85 175	79 071	77 309	81 073	85 005
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 707	80 529	78 881	85 173	81 451	75 403	73 759	76 713	81 539
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	18,2	16,5	17,5	18,3	16,7	15,5	15,7	15,9	17,3
VERARBEITENDES GEWERBE ⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 289	3 193	3 264	3 263	3 225	3 165	3 151	3 148	...
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	458,5	444,2	455,8	452,9	449,4	441,5	440,0	437,3	...
darunter Arbeiter (einschl. gewerbli. Azubi.)	"	269,6	259,5	267,0	264,6	262,7	258,0	256,4	254,6	...
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	"	34 156	32 318	36 091	27 928	33 647	33 777	33 467	27 323	...
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	667,4	651,3	832,0	634,9	623,2	648,3	801,5	636,0	...
* Bruttogehaltssumme	"	754,1	726,5	963,0	743,8	728,2	721,8	942,3	463,5	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 976,7	6 884,1	7 466,9	6 504,1	6 254,0	7 333,9	7 387,6	6 575,9	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	3 002,0	2 992,8	3 088,7	2 287,9	2 826,9	3 232,7	3 099,5	2 379,2	...
Investitionsgüterproduzenten	"	2 184,3	2 129,4	2 537,4	2 417,5	1 724,8	2 245,9	2 395,0	2 437,0	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	256,0	252,4	291,1	258,9	228,8	251,0	269,6	250,0	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 534,4	1 509,6	1 549,8	1 539,7	1 473,5	1 604,4	1 623,6	1 509,7	...
Energie	"
* darunter Auslandsumsatz	"	2 621,9	2 722,5	2 663,5	2 457,5	2 463,8	2 826,2	3 003,3	2 680,0	...
Exportquote ⁷⁾	%	37,6	39,5	35,7	37,8	39,4	38,5	40,6	40,8	...
Volumenindex des Auftragseingangs ⁸⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁹⁾	- 2,2	- 2,6	- 5,7	- 1,7	- 7,4	3,1	- 0,2	- 7,6	...
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,9	3,4	- 3,3	- 8,6	- 2,6	4,7	2,3	3,9	...
Investitionsgüterproduzenten	"	- 3,6	- 10,5	- 8,9	11,6	- 12,8	3,2	- 5,8	- 21,5	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 10,6	- 6,6	- 20,8	- 15,4	- 19,4	- 11,9	2,6	6,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	5,4	- 5,9	- 2,3	- 16,6	- 12,3	- 0,7	6,1	- 2,3	...
Energie	"
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁹⁾	2,2	0,7	4,2	- 7,2	- 3,7	- 1,1	0,6	- 1,9	...
Maschinenbau	"	- 9,4	0,0	- 11,8	- 5,0	- 4,6	6,3	- 4,6	- 7,3	...
Kraftwagen und -teile	"	4,2	- 2,0	0,3	66,2	- 13,7	9,7	6,0	- 38,2	...
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	- 3,4	- 8,9	- 3,4	- 15,8	- 12,2	- 5,9	- 10,4	- 3,9	...
Energie	"
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	95	95	95	95	95	95	95	95	...
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	18 366	18 145	18 500	18 408	18 165	18 189	18 173	18 152	...
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾⁽¹¹⁾	1000 h	991	2 273	1 067	827	2 517	2 356	2 357	2 060	...
* Brutto Lohn- und -gehaltssumme ¹⁰⁾	Mill. EUR	62,2	62,8	95,3	60,0	56,4	60,7	90,0	72,9	...
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 467,8	2 102,9	2 307,8	2 845,8	2 841,3
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	90,6	86,7	.	88,9	.	.	.	84,5	.
* Umsatz	"	101,9	96,9	.	112,1	.	.	.	102,9	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Bis Dezember 2002: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2003: tatsächlich geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 8) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 9) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 10) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 11) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeitsstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	58,0	54,8	58,3	57,2	55,6	55,6	55,5	54,2	52,0
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	30,1	28,4	30,1	29,5	28,6	29,1	28,9	28,2	26,9
Fachwerker und Werker	"	9,0	8,2	9,0	8,7	8,3	8,4	8,5	8,1	7,6
gewerblich Auszubildende	"	2,7	2,5	2,8	2,7	2,6	2,6	2,6	2,5	2,3
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 381	5 012	5 990	4 167	3 361	5 906	5 472	3 698	3 067
darunter										
* Wohnungsbau	"	2 037	1 944	2 273	1 591	1 314	2 321	2 077	1 546	1 230
* gewerblicher Bau	"	1 581	1 424	1 735	1 231	1 113	1 636	1 575	1 075	1 009
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 730	1 618	1 943	1 324	911	1 915	1 790	1 052	814
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	90,8	85,9	108,3	84,1	74,6	94,1	102,7	82,2	69,6
* Bruttogehaltssumme	"	38,3	38,2	46,5	40,9	36,7	35,9	45,7	38,9	34,0
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	512,8	483,4	643,6	640,4	288,3	597,4	598,3	600,8	291,8
darunter										
* Wohnungsbau	"	141,1	134,5	184,0	141,0	79,4	161,8	153,6	151,6	80,2
* gewerblicher Bau	"	226,3	197,0	272,3	301,8	138,0	244,6	239,0	249,3	132,7
* öffentlicher und Straßenbau	"	144,3	150,0	184,0	194,9	68,6	188,2	203,1	196,6	77,7
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾	2000=100	95,6	83,9	84,7	75,2	57,5	84,1	74,9	76,4	48,1
darunter										
* Wohnungsbau	"	86,4	74,7	70,0	50,5	55,3	85,6	67,1	82,8	68,4
* gewerblicher Bau	"	91,3	70,3	60,6	72,0	48,8	63,1	63,2	83,6	40,5
* öffentlicher und Straßenbau	"	105,0	106,6	124,9	88,4	71,0	114,1	94,7	63,8	54,9
Ausbaugewerbe ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	23,8	23,3	.	23,9	.	.	.	22,8	.
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 982	6 404	.	6 965	.	.	.	6 482	.
* Brutto lohnsumme	Mill. EUR	111,9	107,2	.	120,6	.	.	.	115,8	.
* Bruttogehaltssumme	"	57,2	57,8	.	62,1	.	.	.	66,0	.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	613,9	547,0	.	748,3	.	.	.	725,0	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	768	718	650	667	615	606	698	455	666
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	679	632	559	592	538	521	615	405	589
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	926	801	895	762	671	663	793	581	764
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	170	151	164	141	121	126	150	110	138
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	204 157	186 852	204 249	165 281	147 798	152 911	183 202	135 382	174 388
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	207	153	219	195	142	129	160	148	139
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 333	1 175	1 961	1 763	1 080	743	1 209	1 356	1 244
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	224	202	244	263	162	129	180	240	214
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	198 009	199 572	245 899	250 656	153 932	143 477	164 878	240 407	215 917
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 817	1 627	1 770	1 730	1 263	1 297	1 543	1 269	1 485
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	9 021	8 253	8 100	7 943	6 477	6 840	7 766	6 119	7 269
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel ⁷⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	91,6	.	92,2	81,5	79,2
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	93,0	.	92,5	81,1	80,3
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	100,7	.	100,8	100,4	98,1
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	98,9	96,0	107,8	117,7	89,6	101,6	105,0	113,2	90,3
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	100,4	97,9	109,6	119,4	91,6	103,8	106,5	114,9	91,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ⁹⁾	"	102,0	100,8	110,4	125,5	94,4	100,5	110,9	123,2	96,8
Apotheken ¹⁰⁾	"	106,7	109,2	111,1	124,3	105,8	110,0	110,3	122,1	104,0
Bekleidung	"	101,0	97,4	114,1	134,1	94,2	110,0	104,8	128,6	87,8
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹¹⁾	"	99,3	88,3	112,2	114,6	84,6	96,7	99,5	104,2	83,7
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹²⁾	"	98,0	99,1	99,6	87,0	73,0	105,0	100,7	89,6	82,4
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	98,6	96,4	99,6	99,6	98,2	95,4	95,2	95,1	93,8
Kfz-Handel u. Tankstellen										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	.	92,0	.	.	80,2	97,6	92,6	79,8	80,3
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	.	95,0	.	.	82,2	101,0	95,7	82,6	82,9
* Beschäftigte im Kfz-Handel u. Tankstellen (Index)	"	.	93,4	.	.	94,3	94,5	93,6	93,2	92,9
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	97,8	89,4	94,0	96,1	86,6	92,0	84,1	85,9	78,7
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	99,5	94,2	95,2	98,0	89,6	97,2	88,1	90,3	82,6
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	97,4	92,0	90,6	85,9	91,4	103,0	85,4	79,7	79,5
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	99,4	93,8	96,4	110,0	86,0	90,7	89,1	97,5	85,1
Kantinen und Caterer	"	101,2	98,1	94,3	89,2	91,8	100,3	91,3	93,0	83,1
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	101,5	95,3	100,4	99,5	95,9	93,5	91,3	92,6	92,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustelleneinbauten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Poller- und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 11) Sowie Hausrat a. n. g. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	2 635,8	2 639,2	2 678,1	2 443,4	2 330,1	2 989,1	2 774,5	2 580,5	...
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	62,6	69,3	64,0	91,5	62,4	92,9	69,7	67,4	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 573,2	2 570,0	2 614,2	2 351,9	2 267,6	2 896,2	2 704,9	2 513,1	...
davon										
* Rohstoffe	"	20,9	17,9	23,9	19,5	16,6	19,0	18,1	16,6	...
* Halbwaren	"	178,3	157,3	166,7	140,7	146,0	183,5	157,1	154,9	...
* Fertigwaren	"	2 374,0	2 394,8	2 423,6	2 191,7	2 105,1	2 693,6	2 529,7	2 341,6	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	453,1	501,9	418,0	335,5	501,5	534,7	483,8	393,3	...
* Enderzeugnisse	"	1 920,9	1 892,9	2 005,6	1 856,1	1 603,5	2 158,8	2 045,9	1 948,3	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	...	710,2	675,8	753,9	678,6	641,0	...
Maschinen	"	...	383,8	355,9	431,5	439,2	415,7	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	...	265,9	171,8	347,5	356,5	267,9	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	...	246,5	216,2	260,1	259,9	256,6	...
Eisen- und Metallwaren	"	...	170,3	138,4	214,7	178,2	139,6	...
davon nach										
* Europa	"	1 823,9	1 851,6	1 909,2	1 692,0	1 655,6	2 114,5	1 924,3	1 827,0	...
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 381,5	1 395,8	1 471,7	1 287,7	1 313,8	1 550,3	1 444,5	1 379,0	...
* Afrika	"	47,3	44,1	54,1	41,8	33,5	45,7	36,0	32,7	...
* Amerika	"	371,0	348,1	322,5	306,2	297,7	373,0	382,8	317,1	...
* Asien	"	360,0	374,6	360,7	367,8	325,6	434,0	413,4	383,2	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	33,6	20,9	31,6	35,5	17,7	21,9	18,0	20,7	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	4 250,2	3 783,4	4 209,0	3 812,4	3 373,5	3 887,9	3 790,6	3 812,9	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	189,7	181,4	244,1	181,4	170,2	192,3	185,4	193,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 060,5	3 612,1	3 964,9	3 631,0	3 203,3	3 695,5	3 605,3	3 619,9	...
davon										
* Rohstoffe	"	46,2	68,4	44,5	31,1	59,4	71,1	69,4	61,5	...
* Halbwaren	"	386,4	278,1	301,3	268,5	219,0	354,0	268,0	275,0	...
* Fertigwaren	"	3 628,0	3 265,6	3 619,1	3 331,4	2 924,9	3 270,4	3 267,9	3 283,4	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	458,8	390,4	522,2	378,3	370,4	424,3	370,0	329,5	...
* Enderzeugnisse	"	3 169,2	2 875,3	3 096,9	2 953,1	2 554,5	2 846,0	2 897,9	2 953,9	...
davon aus										
* Europa	"	2 764,7	2 487,5	2 787,3	2 668,9	2 215,3	2 535,2	2 495,1	2 565,5	...
* darunter EU-Länder ²⁾	"	2 134,7	1 877,4	2 101,5	2 118,1	1 712,0	1 804,7	1 812,9	1 987,2	...
* Afrika	"	91,0	82,1	81,1	70,8	42,1	97,5	57,3	84,5	...
* Amerika	"	662,6	521,1	557,1	505,1	466,1	474,8	474,3	465,2	...
* Asien	"	724,5	697,3	778,0	562,4	644,4	769,5	760,5	691,8	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	5,5	5,5	5,2	5,5	11,0	3,6	6,0	...
TOURISMUS ³⁾										
* Gästeankünfte	1000	813	796	782	590	663	883	774	571	663
* darunter von Auslandsgästen	"	200	197	151	130	175	208	159	136	183
* Gästeübernachtungen	"	2 136	2 051	1 882	1 525	1 731	2 318	1 827	1 487	1 714
* darunter von Auslandsgästen	"	388	378	283	243	381	409	284	258	389
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	643	629	579	496	518	698	558	478	487
Luftkurorte	"	124	118	90	83	77	133	92	85	79
Erholungsorte	"	98	92	55	67	49	113	52	63	42
Sonstige Gemeinden	"	1 270	1 212	1 158	879	1 086	1 375	1 125	861	1 105
darunter Großstädte	"	575	550	555	420	569	598	542	405	565
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 251	1 144	1 322	1 061	1 023	1 273	1 166	1 001	...
davon										
* Güterversand	"	213	214	256	185	221	256	249	198	...
* Gütereinfang	"	1 037	930	1 066	877	801	1 017	917	803	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und -Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	30 179	29 183	27 356	21 861	27 453	28 131	27 578	22 495	25 651	
* Personenkraftwagen ²⁾	"	26 040	25 548	24 882	19 605	25 506	25 426	25 276	19 924	23 353	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 745	1 535	1 557	1 425	1 180	1 788	1 579	1 383	1 568	
* Kraftträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 791	1 579	420	299	380	465	293	761	415	
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	298	284	304	320	231	282	246	232	187	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	"	3 095	11 298	3 479	2 886	10 791	12 414	12 180	11 174	10 386	
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 252	2 222	2 451	1 959	1 634	2 407	2 319	2 007	1 732	
* Getötete Personen	"	43	42	43	36	19	57	41	38	37	
* Verletzte Personen	"	3 036	2 990	3 301	2 738	2 230	3 251	3 144	2 800	2 369	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ⁴⁾											
Beförderte Personen	1000	39 236	37 731	.	124 696	.	.	.	119 992	.	
davon im											
Linienverkehr ⁵⁾	"	38 805	37 328	.	123 488	.	.	.	118 826	.	
Gelegenheitsverkehr	"	431	403	.	1 208	.	.	.	1 166	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 206	24 600	.	70 757	.	.	.	73 149	.	
davon im											
Linienverkehr ⁵⁾	"	19 596	19 955	.	59 100	.	.	.	60 287	.	
Gelegenheitsverkehr	"	4 612	4 645	.	11 657	.	.	.	12 862	.	
Einnahmen	1000 EUR	81 840	44 394	.	254 473	.	.	.	137 823	.	
davon aus											
Linienverkehr ⁵⁾	"	67 519	36 163	.	218 669	.	.	.	115 925	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 321	8 231	.	35 804	.	.	.	21 899	.	
GELD UND KREDIT											
Banken ⁶⁾											
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	546 660	.	.	559 889	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	"	415 013	.	.	426 563	
davon											
kurzfristige Kredite	"	71 101	.	.	74 471	
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	"	343 912	.	.	352 092	
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	435 068	.	.	445 197	
Insolvenzen											
* Insolvenzen	Anzahl	268	427	271	280	426	468	487	420	...	
davon											
* Unternehmen	"	167	186	179	173	168	210	201	170	...	
* Verbraucher	"	73	100	59	74	139	100	112	105	...	
* ehemals selbstständig Tätige	"	0	43	.	.	29	53	82	81	...	
* sonstige natürliche Personen ⁹⁾ , Nachlässe	"	29	98	33	33	90	105	92	64	...	
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	238 298	408 152	146 603	624 976	145 669	295 092	276 315	268 033	...	
GEWERBEANZEIGEN ¹⁰⁾											
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 303	5 093	5 007	4 685	5 974	5 182	4 919	4 527	...	
* Gewerbeabmeldungen	"	4 762	4 664	4 626	5 313	6 005	4 566	4 826	5 463	...	
PREISE											
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	101,7	103,0	101,5	102,4	102,6	102,9	102,6	103,6	103,5	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	103,6	104,1	103,4	103,8	106,4	102,2	102,3	102,2	103,2	
Bekleidung, Schuhe	"	100,3	100,2	100,5	100,4	101,0	100,2	99,8	99,4	97,9	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	102,0	103,4	102,3	102,2	103,1	103,7	103,5	103,7	104,6	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	100,8	101,7	101,3	101,3	101,7	101,7	101,5	101,7	101,7	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	104,2	101,4	100,9	102,2	105,0	104,1	104,3	108,6	
Nachrichtenübermittlung	"	94,1	95,7	94,0	94,0	94,0	95,9	95,6	95,8	95,5	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,7	101,4	99,7	105,9	100,3	100,3	99,5	105,6	99,7	
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,9	104,8	100,3	105,1	102,7	104,0	103,9	108,6	104,3	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	102,4 ¹⁴⁾	102,4 ¹⁴⁾	102,4	.	.	.	102,2	.	.	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithaber. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2001	2002	2001		2002				2003
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	3 471,6	3 181,9	2 355,1	5 298,6	4 065,7	2 877,9	2 574,4	5 178,5	3 380,0
davon	-	3 014,8	2 722,8	1 971,4	4 678,9	3 694,4	2 349,8	2 250,4	4 479,7	3 006,9
Gemeinschaftssteuern	-	1 513,6	1 485,5	1 296,9	2 361,1	1 565,1	1 300,1	1 246,5	2 287,5	1 494,2
davon	-	64,1	64,4	- 106,5	546,0	- 45,6	- 99,0	- 104,5	559,7	- 36,6
Lohnsteuer ²⁾	-	256,6	181,1	78,4	150,3	529,0	56,7	31,9	114,4	136,4
veranlagte Einkommensteuer	-	265,7	257,7	226,0	224,4	703,2	182,9	202,6	284,4	616,2
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	15,1	- 130,1	- 529,5	511,9	- 30,7	17,6	- 134,3	397,5	- 6,8
Zinsabschlag ²⁾	-	745,4	727,3	864,0	741,6	853,2	739,6	846,3	689,0	685,2
Körperschaftsteuer ²⁾	-	154,2	136,8	142,1	143,7	120,1	151,9	161,9	147,2	118,3
Umsatzsteuer	-	278,4	292,9	237,6	428,7	225,8	286,7	200,4	483,5	211,4
Einfuhrumsatzsteuer	-									
Bundessteuern	-	41,9	52,0	44,1	98,1	20,5	54,0	58,4	123,3	5,4
darunter	-	67,9	78,1	53,2	16,0	57,1	39,5	61,7	38,0	48,9
Mineralölsteuer	-	11,5	9,0	11,5	8,9	7,9	10,2	9,5	10,0	5,8
Verschönerungssteuer	-	141,3	126,8	115,2	106,0	149,7	140,2	111,1	112,6	153,8
Zölle ³⁾	-									
Landesteuern	-	3,3	3,9	3,4	2,1	4,2	3,0	1,4	2,3	4,1
darunter	-	23,6	18,0	16,0	20,3	18,7	30,4	20,1	23,6	26,8
Vermögensteuer	-	43,5	41,4	32,2	38,0	39,9	42,0	32,6	40,8	43,7
Erbschaftsteuer	-	53,2	48,9	46,4	33,0	71,1	46,2	40,1	34,3	63,7
Grunderwerbsteuer	-	26,5	30,5	19,3	76,0	- 12,1	90,9	3,0	92,7	2,1
Kraftfahrzeugsteuer	-									
Gewerbsteuerumlage	-									
		2001	2002	2001		2002				
		Durchschnitt ⁴⁾		Jan.	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen	Mill. EUR	1 485,6	1 386,4	1 543,6	1 427,6	1 976,9	829,6	1 317,3	1 342,5	2 056,0
der Gemeinden und Gemeindeverbände	-									
davon	-	3,0	4,3	4,2	5,2	3,4	4,4	4,2	5,2	3,5
Grundsteuer A	-	154,9	152,3	171,4	170,7	127,5	139,7	171,7	168,8	128,8
Grundsteuer B	-									
Gewerbsteuer nach Ertrag und	-	491,5	561,4	624,6	603,0	657,6	520,5	430,5	554,0	740,4
Kapital (brutto)	-	597,2	584,3	656,0	563,8	1 032,8	147,5	693,6	531,0	1 034,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	16,0	15,4	17,3	17,4	13,8	15,1	17,3	16,6	12,5
andere Steuern ⁵⁾	-									
		2001	2002	2001		2002				
		Durchschnitt ⁶⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
VERDIENSTE ⁷⁾										
Arbeiterverdienste										
(Im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	EUR	2 438	2 471	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490	2 498
* Männliche Arbeiter	-	2 520	2 551	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570	2 578
darunter Facharbeiter	-	2 674	2 697	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718	2 723
* Weibliche Arbeiter	-	1 883	1 920	1 873	1 899	1 885	1 886	1 898	1 935	1 937
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 755	1 786	1 749	1 766	1 755	1 758	1 768	1 804	1 795
* Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,89	15,13	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18	15,26
* Männliche Arbeiter	-	15,36	15,59	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63	15,72
darunter Facharbeiter	-	16,48	16,67	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71	16,80
* Weibliche Arbeiter	-	11,66	11,92	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99	12,03
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,72	10,94	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03	11,01
Angestelltenverdienste										
(Bruttomonatsverdienste)										
* Im Produzierenden Gewerbe	-	3 586	3 687	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700	3 710
* männlich	-	3 843	3 941	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959	3 964
* weiblich	-	2 863	2 963	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972	2 991
* kaufmännische Angestellte	-	3 385	3 477	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488	3 492
* technische Angestellte	-	3 765	3 871	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889	3 902
* In Handel ⁸⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 080	3 365	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366	3 403
* männlich	-	3 380	3 725	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730	3 757
* weiblich	-	2 617	2 823	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823	2 860
* kaufmännische Angestellte	-	3 077	3 360	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357	3 400
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im	-									
Produzierenden Gewerbe; In Handel ⁸⁾ ,	-									
Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁹⁾	-	3 270	3 487	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492	3 519

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Zeitschrift für Tarifrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von Dr. P. Alexander, J. Berger, U. Berger-Delhey, A. Braier, A. P. Cécior, Prof. Dr. W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 187,00 Euro einschl. Versandkosten, Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 1/03 bis 3/03: Das Projekt Bühnentarifreform und seine Verwirklichung / Aktuelle Entwicklungen in der Rechtsprechung zur verhaltensbedingten Kündigung / Zum Versicherungsschutz nach § 8 Abs. 2 SGB VII auf den Wegen nach und von dem Ort der Tätigkeit / Der Beauftragte des Arbeitgebers i. S. d. § 98 SGB IX / Rechtfertigung und Beendigung der vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 24 BAT / SIMAP: Arbeitszeit und Dienstplan — dienstvertragliche Pflichten des Chefarztes / Zweistufige tarifliche Ausschlussfristen nach der Schuldrechtsreform / Neue Flexibilität der Leiharbeit / Zur Situation der Beamtinnen und Beamten in privatisierten Unternehmen / Überblick über die Regelungen des Bundesgleichstellungsgesetzes für behinderte Menschen / Die geringfügige Nebenbeschäftigung von Beamten / „Wo man raucht, da kannst du ruhig harren; böse Menschen haben nie Zigarren“?

6133-43

Cross Media Publishing

Konzepte, Grundlagen und Praxis. Von H. P. Fritzsche, 251 Seiten, gebunden, 79,90 DM, Galileo Press, Bonn, 2001.

„Publizieren stellt in der vom Internet geprägten Informationsgesellschaft den wichtigsten Schlüssel zu Kunden, Mitarbeitern und Lieferanten dar. Cross Media Publishing will Kundenbindung durch digitale Mehrwerte erzielen“. Dieses Zitat ist dem Buch „Cross Media Publishing“ vorangestellt. Die neuen Medien haben die Art und Weise, wie Menschen sich informieren und miteinander kommunizieren, deutlich verändert. Publizieren in den neuen Medien stellt den Publisher vor neue Herausforderungen. Konsequenterweise eingesetzt kann Cross Media Publishing (CMP) zum Dreh- und Angelpunkt der gesamten Unternehmenskommunikation werden. Das vorliegende Buch gibt eine grundlegende Einführung in dieses interdisziplinäre Thema. Nach einem Abriss über die Geschichte der Drucktechnik folgt ein Kapitel über die Anwendung von Datenbanken als Grundlage des CMP. Anschließend wird das „Electronic Publishing“ für Print- und digitale Medien behandelt. Darauf aufbauend werden ausführlich die Publikationsmöglichkeiten bei der Anwendung des HTML- und des PDF-Formates erläutert. Den ersten Teil des Buches beschließt ein Blick auf die Einflussfaktoren und Geschichte der CMP-Systeme. Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Thema „Cross Media Publishing in der Praxis“. Bevor mehrere Systeme konkret mit Anwendungsmöglichkeiten dargestellt werden, wird allgemein Aufbau und Funktion von CMP-Systemen erläutert. Beispielformen werden anschließend die Systeme „ProCis“ und „catbase4“ beschrieben. Das Kapitel „CMP im Unternehmensalltag“ beleuchtet die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten der Systeme. Der Anhang enthält ein ausführliches Anbieterverzeichnis mit einer kurzen Beschreibung der einzelnen Programme. Übersichten über Hersteller von Druckmaschinen und Laserdruckern, Adressen von Fach- und Kundenzeitschriften und ein Glossar runden das Werk ab. Dieses versteht sich als grundlegende Einführung in das Thema und wendet sich vor allem an Manager der Bereiche Werbung, Marketing, Kommunikation, Vertrieb, an angehende Mediengestalter und an Multimediaproduzenten.

7044

Der Brockhaus — Recht

Das Recht verstehen, seine Rechte kennen. Herausgegeben von der Lexikonredaktion des Verlags F. A. Brockhaus, 847 Seiten, gebunden, 49,95 Euro, Brockhaus, Mannheim, 2002.

Der neue Brockhaus wendet sich an juristische Laien, die in vielfältigen Situationen des beruflichen und privaten Lebens mit den unterschiedlichsten Rechtsfragen konfrontiert werden. Das Werk legt seinen Schwerpunkt auf Stichwörter, die für den Benutzer von besonderer praktischer Bedeutung sind. Es gibt Antworten auf Fragen wie „Was tun, wenn der Vermieter Eigenbedarf anmeldet?“, „Kann mein Nachbar mir das Grillen auf dem Balkon untersagen?“, „Was gehört in ein Arbeitszeugnis?“ oder „Was bedeutet Ehegattensplitting?“. Es werden 4200 Stichwörter aus allen Gebieten des Rechts (z. B. Arbeits-, Sozial-, Kauf-, Steuer-, Familien- und Strafrecht) erläutert. Ergänzt werden die Ausführungen durch insgesamt 200 Infokästen, Grafiken, Tabellen, Übersichten und Checklisten, wie z. B. Übersichten über die Pflegestufen, den europäischen Gerichtshof oder die Voraussetzungen der Gewerbeausübung. Einführend wird das deutsche Rechtssystem beschrieben: Die drei großen Rechtsgebiete Zivilrecht, Strafrecht und Öffentliches Recht werden im Zusammenhang erläutert. Abgeschlossen wird der „Brockhaus Recht“ mit einer Reihe von Mustertexten (z. B. Ehevertrag, Gebrauchtwagenkauf, Testament), die Anhaltspunkte für die juristische Korrespondenz im privaten Bereich und im Berufsleben geben sollen. Alle Texte wurden von juristischen Fachleuten mit langjährigem Praxisbezug geschrieben. Weitergehende Informationen sind unter der Website zu finden: Neben ständig aktualisierten, kommentierten Links enthält die Seite wichtige Informationen über aktuelle Neuerungen im Rechtswesen.

7069

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

vom 25. Juni 1969 mit Kommentar. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. H. Gruner und D. Dalichau, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 181. Erg.-Lfg. vom Oktober 2002, ca. 4000 Seiten, in 4 Plastikordnern); 59,00 Euro, Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2002.

3900

Berufsbildungsgesetz (BBiG) / Bundesausbildungsförderungsgesetz (BaföG)

vom 14. August 1969 in der Fassung vom 23. Dezember 1981 mit Kommentar und Nebengesetzen sowie Landesrecht. Begründet von Dr. H. Schieckel, fortgeführt von Dr. E. Oestreicher, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 155. Erg.-Lfg. vom 1. Juni 2001, ca. 4500 Seiten, in 2 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2002.

3922

Handbuch der regionalen Wirtschaftsförderung

Herausgegeben von Dr. H. H. Eberstein und Dr. H. Karl, 3. Auflage, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 50. Erg.-Lfg. vom August 2002, 310 Seiten, in 2 Plastikordnern) 69,80 Euro; Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln-Marienburg, 2002.

4050

Kontenrahmen (KR)

für die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und für die Träger der sozialen Pflegeversicherung und den Ausgleichsfonds. Mit Erläuterungen und Buchführungsanweisungen für die Praxis und einem Anhang mit den Vorschriften über das Rechnungswesen in der Sozialversicherung. Von Bernhard Knoblich, 5., völlig neugestaltete Auflage, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 3. Erg.-Lfg. vom November 2002, 1316 Seiten, in Spezialordnern) 58,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 2002.

4334



BUCHBESPRECHUNGEN

Allgemeines Statistisches Archiv

Zeitschrift der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 87. Jg. (2003); Heft 1, ca. 110 Seiten, kartoniert, Jahresband (4 Hefte) 129,10 Euro; Physica-Verlag, Heidelberg, 2003.

Das "Archiv" enthält folgende Abhandlungen: Core inflation in the Euro area: Evidence from the structural VAR approach (E. Hahn); On the optimal design in stratified regression estimation (R. Münnich); Systematische Ausfälle im Mikrozensus-Panel: Ausmaß und Auswirkungen auf die Qualität von Arbeitsmarktanalysen (S. Zühlke); Heaping and its consequences for duration analysis: A simulation study (J. Wolff u. T. Augustin); die "Rundschau" enthält u. a. folgenden Beitrag: Die statistische Erfassung von Gründungen in Deutschland - Ein Vergleich von Beschäftigtenstatistik, Gewerbeanzeigenstatistik und den Mannheimer Gründungspanels (M. Fritsch, R. Grotz, U. Brixy, M. Niese, A. Otto). 4659/89








VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM FEBRUAR 2003

(K - mit Kreisergebnissen, G - mit Gemeindeergebnissen)
 - auf Diskette lieferbar,  - auf CD-ROM lieferbar)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 30. September 2000 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 3/00); (K)	5,90 Euro
 , Excel	6,00 Euro
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. Dezember 2000 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 4/00); (K)	5,90 Euro
 , Excel	6,00 Euro
Die Landtagswahl in Hessen am 2. Februar 2003 (Vorläufige Ergebnisse); (B VII 2-3 - 5j/03); (G/WK)	5,90 Euro
Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 2002 (Teil I: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten); (Stichtagserhebung zum 31. März 2002); (B VI 6 - j/02, Teil I)	4,80 Euro
Agrarstrukturerhebung 2001 (Repräsentativergebnisse); (C IV 9 - 2j/2001 - 4); (K)	7,00 Euro
Schlachtungen in Hessen im Dezember 2002; (C III 2 - m 12/02)	3,10 Euro
Schweine- und Rindviehbestand in Hessen am 03. November 2002 (Endgültiges Ergebnis); (C III 1 - 3j/02)	3,10 Euro
Weinbestände in Hessen im Jahr 2002; (C IV 5 - j/02)	3,10 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Dezember 2002; (E I 3 - m 12/02)	4,80 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Dezember 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 12/02); (K)	3,70 Euro
 , Excel	4,40 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - j/02); (K)	3,70 Euro
 , Excel	4,40 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Dezember 2002; (E I 1 - m 12/02); (K)	4,80 Euro
 , Excel	5,20 Euro

Baugenehmigungen in Hessen im November 2002; (F II 1 - m 11/02); (K)	3,70 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im November 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 11/02)	3,70 Euro
 , Excel	4,40 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Oktober 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 10/02)	3,10 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im November 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 11/02)	3,10 Euro
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Oktober und im Sommerhalbjahr 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 10/02); (G)	7,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im November 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 11/02)	3,70 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im Dezember 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 3 - m 12/02)	3,70 Euro
 , Excel	4,40 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im November 2002; (H II 1 - m 11/02); (H)	3,70 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im November 2002; (Vorläufige Ergebnisse) (H I 1 - m 11/02); (K)	3,70 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Dezember 2002 und im Jahr 2002 (Vorauswertung); (H I 1 - m 12/02); (K)	3,10 Euro
Die Pflegeeinrichtungen in Hessen am 15. Dezember 2001; (K VIII 1 - 2j/2001); (K)	7,00 Euro
 , Excel	6,80 Euro
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im November 2002; (M I 4 - vj 4/02)	3,70 Euro
Kaufwert landwirtschaftlicher Grundstücke in Hessen im Jahr 2001; (M I 7 - j/01); (K)	3,70 Euro
 , Excel	4,40 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen der Verbraucherpreise in Hessen 1999 bis 2000; (M I 2 - j/02)	4,80 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 2002 und im Jahr 2002 (Teil I: Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe); (N I 1 - vj 4/02 - Teil I)	5,90 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Oktober 2002 und im Jahr 2002 (Teil II: Angestelltenverdienste); (N I 1 - vj 4/02 - Teil II)	7,00 Euro
Personalkosten im Produzierenden Gewerbe sowie in ausgewählten Dienstleistungsbereichen 2000 (EG-Arbeitskostenerhebung); (N III 1 - 4 j/00)	7,00 Euro
Verzeichnisse	
Verzeichnis der stationären Pflegeheime in Hessen (Stand: 15.12.2001)	7,00 Euro
 , Excel	28,00 Euro
Verzeichnis der ambulanten Pflegedienste in Hessen (Stand: 15.12.2001)	9,00 Euro
 , Excel	32,00 Euro
Sonstige Veröffentlichungen	
Hessische Kreiszahlen; Ausgabe II/2002; 47. Jahrgang	7,00 Euro
 , Excel	6,80 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden